

Eingelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Nefasanka 18.

Telephon:
Tagesredaktion:
26795, 31400.
Nachtredaktion: 26792.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachschlag.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 90.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei
Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 16 Bl.

6. Jahrgang.

Dienstag, 21. September 1926.

Nr. 221.

Genossen und Genossinnen!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik beruft für die Zeit vom

20. bis 22. November 1926

den

Parteitag

ein. Die Beratungen beginnen am Samstag, den 20. November um 10 Uhr vormittags im

Neptun-Saal in Teplitz-Schönan.

Als provisorische Tagesordnung schlägt der Parteivorstand vor:

1. Konstituierung des Parteitages:
 - a) Wahl des Präsidiums;
 - b) Festlegung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
 - c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission und einer Vorschlagskommission.
2. Berichte:
 - a) des Parteivorstandes;
 - b) des Parteiführers;
 - c) der Kontrolle.
3. Die politische und wirtschaftliche Lage.
4. Die Erziehung des sozialistischen Nachwuchses.
5. Erziehung des Parteibewusstseins.
6. Änderung des Organisationsstatutes.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Vereinnahmungsverhältnisse.
8. Allgemeines.

Ueber das Delegationsrecht zum Parteitag bestimmt der § 23 des Organisationsstatutes Folgendes:

Zur Teilnahme am Parteitag sind berechtigt:

1. a) Je drei Delegierte jeder Bezirksorganisation, Bezirksorganisationsstellen, deren durchschnittlicher Parteimitgliedschaft für männliche und weibliche Parteimitglieder pro Monat nicht mehr als 2000 Stück beträgt, haben das Recht für jedes weitere 1000 einen Delegierten zu entsenden. Bezahlte Delegierte über 100 werden als voll gerechnet.
- b) Je ein Delegierter jeder Kreisorganisation, deren durchschnittlicher Parteimitgliedschaft für männliche und weibliche Parteimitglieder pro Monat nicht mehr als 300 Stück beträgt, für je weitere 300 Mitglieder hat die Kreisorganisation Anspruch auf einen weiteren Delegierten, bis zur Höchstzahl von drei Delegierten.
- c) Die Mandatsprüfung für die Berechnung der Zahl der Delegierten bildet der Parteivorstand im Geschäftsjahr über das am Parteitag berichtet wird.
- d) Je ein Delegierter jeder Parteitagsgemeinschaft gilt als Mandat für die Berechnung des Parteitagsgeschäftsjahrs.
- e) Die Wahl der Delegierten erfolgt in Bezirkskonferenzen und soweit die Vertreter der Parteimitglieder in Betracht kommen, in Bezirksversammlungen. Das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisation geregelt. In diesen Statuten muß auf eine entsprechende Festlegung des Parteitagsgeschäftsjahrs durch weibliche Parteimitglieder Rücksicht genommen werden.
2. Je drei Delegierte jeder Kreisorganisation; das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisation geregelt.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrolle und die Sekretäre des Parteivorstandes.
4. Vier Delegierte des Klubs der Abgeordneten und zwei Delegierte des Klubs der Senatoren der Tschechoslowakischen Arbeiterpartei.
5. Zwei Delegierte des Reichskomitees der weiblichen Parteimitglieder.
6. Zwei Delegierte des sozialistischen Jugendverbandes.
7. Je ein Delegierter der von einem Parteitag eingeschickten Körperschaft.
8. Je ein Delegierter der Redaktionen der vom Parteitag anerkannten Parteiblätter.
9. Zwei Delegierte der Zentralgewerkschaftskommission.
10. Je ein Delegierter der der Zentralgewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände und ihrer Parteiblätter.
11. Zwei Delegierte des Verbandes Deutscher Wirtschaftswissenschaftler.
12. Ein Delegierter des Zentralorgans des Verbandes deutscher Wirtschaftswissenschaftler.
13. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Zugelassen sind nur solche Delegierte, die in den Punkten 9 bis 12 genannten Organisationen, die Parteimitglieder sind.

Die Vertreter der in den Punkten 8, 10 und 13 genannten Klubs sowie die in dem Punkte 13 Genannten haben bloß beratende Stimme.

Jene Abgeordneten und Senatoren, die nicht Delegierte des Parteitages sind, haben die Pflicht, am Parteitag mit beratender Stimme teilzunehmen.

Gemäß § 29 des Organisationsstatutes müssen selbständige Anträge der Parteimitglieder mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich überreicht werden. Der Parteivorstand muß diese Anträge, ebenso wie die von ihm selbst gestellten Anträge vor dem Parteitag dem Parteitag veröffentlichen.

Nach § 31 können Änderungen des Organisationsstatutes und der Höhe der Mitgliederbeiträge nur auf einen vom Parteivorstand gestellten oder von einer Organisation bei ihm mindestens 6 Wochen vor dem Parteitag eingebrachten Antrag vorgenommen werden. Solche Anträge sind mindestens vier Wochen vor dem Parteitag bekanntzugeben.

Die Anmeldung der Delegierten hat bei dem Parteisekretariat, Prag 2., Nefasanka 18, zu erfolgen. Die Wohnkarte wird beim Parteisekretariat in Teplitz-Schönan, Theresienstraße 18, angefordert. Prag, am 20. September 1926.

Mit Parteigruß:

Staten Hannu, Karlsbad; Dr. Czech Ludwig, Brünn; Hasenberg Theodor, Prag; Dr. Heller Carl, Teplitz; Hofbauer Josef, Prag; Jaksch Wenzel, Prag; Joll Hans, Troppau; Kögler Franz, Bodenbach; Kramser Feinrich, Teplitz; Klehner Wilhelm, Prag; Paul Elfe, Prag; Pohl Adolf, Teplitz; Pöhl Leopold, Kullig; Schaffer Gusti, Karlsbad; Schäfer Elfe, Reichenberg; Schloßnigel Hieronymus, Sternberg; Schweighart Josef, Bodenbach; de Witte Eugen, Karlsbad.

Genossinnen!

Im Einvernehmen mit dem Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beruft das Frauenreichskomitee für den

19. November 1926

die

Frauenreichskonferenz

nach Teplitz-Schönan, Kurhausveranda, ein. Die Beratungen beginnen um 8 Uhr vormittags.

Als provisorische Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Konstituierung.
2. Berichte und Organisationsfragen.
3. Die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der arbeitenden Frauen.
4. Augenheilkunde und sozialistische Erziehung.
5. Eventuelles.

Gemäß § 20 des Organisationsstatutes der Partei sind zur Teilnahme an dieser Tagung berechtigt:

Die Bezirks- und Kreisorganisationen durch je eine Delegierte.

Die Mitglieder des Frauenreichskomitees und die weiblichen Abgeordneten.

Der Parteivorstand und die Klubs der Abgeordneten und Senatoren durch je zwei Vertreter.

Jene Bezirksorganisationen, die durchschnittlich per Monat mehr als 1000 Frauenmarken umfassen, haben das Recht auf je weitere 1000 umgesetzte Frauenmarken eine Delegierte zu entsenden. Bezahlte Delegierte über 500 gelten als voll.

Für das Frauenreichskomitee:

Mit Parteigruß:

Die Vorsitzende: A. Ferchen. Die Sekretäre: J. Stöckl.

Widerstände im französischen Kabinett.

Briand zur Verteidigung der angebahnten Verständigung fest entschlossen.

Paris, 20. September. (Eigenbericht.) In einem Teil des französischen Kabinetts haben sich bereits Widerstände gegen den großzügigen Plan einer deutsch-französischen Verständigung bemerkbar gemacht, auf die als erstes das führende Organ der französischen Linken, „L'Humanité“, in seiner Sonntagsnummer anspricht. Das Blatt deutet an, daß Männer wie Louis Marin und Barthou die Vereinbarungen von Thoisy als für Frankreich gefährlich bekämpfen. Ein neuer Schlag von Cannes sei in Vorbereitung.

Die Anspielungen des Blattes fanden heute ihre Bestätigung in den Angaben eines rechtlich stehenden Organes, „Avenir“, das ebenfalls von starken Meinungsverschiedenheiten im Kabinett spricht.

Andererseits soll Briand vor seiner Abreise aus Genf sich geäußert haben, daß er fest entschlossen sei, die von ihm befolgte Politik der

deutsch-französischen Verständigung in Paris durchzusetzen und daraus nötigenfalls eine Kabinettsfrage zu machen. Zweifellos würde er, falls es zum Bruch kommt, und er den Konflikt vor dem Parlament auskämpft, in der Kammer des 1. Mai 1924, deren Mehrheit in außenpolitischen Fragen Herriot stets gefolgt ist, den Sieg erringen.

Die Folge: Frankfurt.

Paris, 20. September. Die Blide der politischen Öffentlichkeit sind auf die morgige Ministerratssitzung gerichtet, in welcher über die Besprechungen Briands in Genf mit Stresemann die Debatte abgewickelt werden soll. Diverse Gerüchte darüber, daß einzelne Kabinettsmitglieder mit dem Briand'schen Verhandlungen nicht übereinstimmen, üben einen Einfluß auf die Börse aus, der Frankfurt auf 175 und Schloß offiziell mit 173,40.

Stribrnys Glück und Ende.

Das politische Leben Georg Stribrnys hat ein jähes Ende gefunden. Mit überwältigender Mehrheit hat der Brünnner Parteitag der tschechischen nationalsozialistischen Partei seinen Ausschluß aus der Partei beschlossen und mit ihm müssen einige seiner Intimiten das gleiche Schicksal teilen. Der Ausschluß wird Stribrny zur Niederlegung seines Mandates zwingen, er wird also auch bald dem Parlament Abschied sagen müssen. Ein Versuch, mit seinem politischen Nährertrium Geschäfte zu machen und die unzufriedenen Elemente der Partei zum Zwecke der Gründung eines Konkurrenzunternehmens gegen die nationalsozialistische Partei um sich zu sammeln, wird nach allen Erfahrungen, die man mit ähnlichen Parteigründungen gemacht hat, wenig Erfolg haben und so wird Herr Stribrny, eine der unpopulärsten Figuren im öffentlichen Leben der Republik vorausichtlich — wenn er nicht in einer anderen Partei Unterschlupf sucht — aus der Politik verschwinden.

Georg Stribrny ist aus beträchtlicher Höhe herabgestürzt, die es erstaunlich erscheinen läßt, wie er überhaupt hinaufgelangen konnte. Man hat in den letzten Wochen, seitdem Stribrny von den antisozialistischen Parteien auf den Schild erhoben worden war, die ihn bewügten wußten, um die Partei ins faschistische Fahrwasser zu treiben, zu dem, was man schon wußte, manches Neue über seine Charakterzüge und politischen Neigungen erfahren. Nach allem, was man jetzt weiß, muß man zu dem Schlusse gelangen, daß Stribrny nur in dieser, in der nationalsozialistischen Partei, emporkommen konnte, einer Partei, der grundsätzlichen Programmlöslichkeit, die zwischen freiständiger Meinung und nationalem Tendenzen ebenbürtig hin und her pendelte, wie zwischen allgemeiner nationaler „Volkspolitik“ und sozialistischer Klassenpolitik. Stribrny war kein Politiker größeren Formates, nur ein Mensch mit guter Witterung für politische Konjunkturen, nur einer, der sich geistlich in Szene zu setzen wußte und der seine Popularität seiner Struppellosigkeit nicht minder wie seinem Mundwerk verdankte. Er war eine von jenen nicht gerade vereinzelt Gestalten auf der politischen Bühne, deren politischer Aufstieg begleitet war von einer sehr merkwürdigen Mischung ihrer materiellen Lebensverhältnisse, die einer Fürsorge entsprang, welche sich nicht bloß auf die eigene Person, sondern auch auf die nähere Verwandtschaft erstreckte. Vor wenigen Monaten war Stribrny nicht nur der parlamentarische Führer der Partei, er war auch Minister für nationale Verteidigung, und war sogar an Stelle des erkrankten Svehla mit der Leitung des Ministeriums betraut. Heute ist er von den eigenen Parteigenossen, die ihn nach seiner theatralischen Demission anlässlich der Wärmagaffäre überwiegend wie fälschlich den größten Helden der politischen Geschichte des tschechischen Volkes an die Seite gestellt hatten, abgetan und erledigt.

Neußerlich betrachtet, hat Stribrny an dem Streit, der zwischen ihm und Klossak entbrannt war, sein Ende gefunden. Er hat, als er seine Streitschrift, um noch vor dem Parteitag den entscheidenden Schlag gegen Klossak zu führen, in einem obskuren faschistischen Pamphlet veröffentlicht ließ, einen merkwürdigen Kurzbild bewiesen und die Popularität Klossaks in der Partei weit geringer eingeschätzt, als es tatsächlich der Fall ist. Es läßt sich hiebei nicht sagen, daß Klossak durchaus im Rechte ist, und daß sein Vorgehen gegen Stribrny, über dessen geistigen Gesundheitszustand er ein hypothetisches Gutachten einholte, einwandfrei war, dennoch stellte sich die große Mehrheit der Parteimitglieder auf die Seite des schwer angeklagten Klossak, weil sie fühlte und erkannte, daß es sich in diesem Duell mit Einstrombomben um mehr handelte, als um die Frage, wer von den Beiden an der Spitze der Partei stehe. Stribrny ist ein Opfer des Faschismus, er kann sich bei Kramak, dem Vater der linksköpfigen, bössartig-dummen Bewegung, die tschechoslowakischer Faschismus genannt wird, für seinen Sturz bedanken. Charelier, Genügnung und Ueberzeugung hat der Poleur niemals gehabt, sie waren für ihn in dieser Partei, die niemals recht wußte, wohin sie steuern sollte, auch nicht gerade unbedingt erforderlich. So konnte es geschehen, daß er, als das faschistische Unkraut seine ersten Keime zu treiben begann und er darin ein neues Mittel zur Befriedigung seines Ehrgeizes zu finden hoffte, nicht nur faschistische Neigungen empfand, sondern sie auch in seinem Ressort als Kriegsminister und in seiner Partei propagierte. Stribrny und Gajda, einander wert und würdig, standen einander damals in ihren Absichten, wie sich jetzt zeigt, weit näher, als man ahnte, und die Gewinnung der nationalsozialistischen Partei für die faschistischen Diktaturpläne war sicher einer der Posten in der Rechnung des Herrn Dr. Kramak. Stribrny aber setzte ebenso auf eine falsche Karte wie Gajda und — wie sie nach zeigen wird — Kramak. Die tschechische Bourgeoisie, in ihrer Weltanschauung nicht besser, als die deutsche, hat ihre demokratische Vergangenheit längst glatt vergessen, denkt nicht im Schlaf mehr daran, daß sie die Schaffung des tschechoslowakischen Staates nur der Entfesselung aller demokratischen Kräfte des tschechischen Volkes zu danken hat. Anders die ganz- und halbproletarischen Schichten, welche die Anhänger der tschechischen nationalsozialistischen Partei bilden. Sie folgten, als Stribrny die Partei durch den Faschismus der kapitalistischen Diktatur dienstbar zu machen suchte, dem demokratischen gefühlten Klossak. In den letzten Tagen waren alle bürgerlichen Kanonen gegen diesen zur Verteidigung Stribrnys gerichtet, aber nichts hat dem nun Abgesägten mehr geschadet, als diese faschistisch-reaktionäre Schützenhilfe, die Stribrny erst recht als ein Werkzeug der Reaktion erscheinen ließ.

Das unheimliche Ende Stribrnys ist somit zugleich ein schwerer Schlag, den ein anderer erlitten hat: Dr. Kramak.

„Brechung der Zinsnechtschaft“.

Breitners Wohnbaupolitik und die Nationalsozialisten.

Der Kongreß der Städtebauer in Wien hat eine große Auseinandersetzung zwischen den beiden möglichen Formen des öffentlichen Wohnbaus gezeitigt, der Wiener, die mit barem Gelde, das aus den Wohnbauverträgen gewonnen wird, baut und ihr Programm verwirklicht, und der reichsdeutschen, die mit langfristigen Anleihen bauen will, aber bislang nichts Nennenswertes gebaut hat. Ueber die Debatte über die Wohnbaupolitik berichten wir an anderer Stelle. Wir möchten aus den vielen Berichten, die in der Presse über den Wiener Stadtergänzungsplan erschienen sind, nur einen als besonders lehrreich herausheben und einer kritischen Würdigung unterziehen.

Unter den Kommunalpolitikern, die dem Kongreß beizuhören, befand sich auch Herr Adolf Hartig, Bürgermeister der böhmischen Hochburg Dux und Parteigenosse der Herrn Kautsch, Jung, Krebs und Babel, seines besonderen Zeichens Kommunalpolitiker Fachmann in der nationalsozialistischen Partei. Daß der Gauleiter Hartig die Wohnbaupolitik Breitners tadelt, daß er dem roten Wien und seinen Leistungen seine Anerkennung verweigert, war zu erwarten. Aber wie er das tut, das ist ganz besonders interessant. Nicht daß Hartig in den rüden Ton verfällt, in dem sich die Krebs und Jung zu ergehen pflegen, wenn sie von der Partei sprechen, hinter der zwei Drittel der Bevölkerung Wiens stehen. Hörend und vorfichtig gibt Hartig sogar das eine oder andere von den großen Leistungen der Wiener Sozialdemokraten zu. Aber etwas anders fällt auf. Hartig schreibt:

„Während man in Deutschland die soziale Fürsorge und den Wohnungsbau durch Aufnahme langfristiger Anleihen deckt, finden in Wien die für diese Zwecke nötigen Ausgaben ihre Deckung durch eine ganze Reihe von Abgaben, die zwar auf der einen Seite dem Ausbau der sozialen Fürsorge und der Errichtung von Arbeiterwohnungen dienen, auf der anderen Seite aber auf breiten Schichten der erwerbenden Bevölkerung ungeheuer schwer lasten. Dr. Breitner hat selbst zugestanden, daß der Hausbesitz in Wien heute den Ruin entgegensehen muß, weil nicht ein einziges Haus in Wien auch nur einen Heller Zinsen trägt und selbst die notwendigen auszuwendenden Reparaturen erst im Wege des Gerichtes bezüglich ihrer Höhe und bezüglich der eventuellen Möglichkeit, sie dem Hausbesitzer zuzuschlagen, entschieden werden. Die Grundmieten sind sehr niedrig, sie übersteigen nur um ein Geringes die Mietzinsen, während bei anderen Wohnungen die Mietzinsen Abgaben in Form einer Fürsorgesteuer ungeheuer hoch sind. Diese Abgaben erhält jedoch nicht der Hausbesitzer, sondern es sind dieselben an die Stadt abzuführen, welche dafür Arbeiterwohnungen baut. Es muß nun abgemindert werden, ob dieses System nicht die Rahmlegung der gesamten Wirtschaft zur Folge haben wird. Anzeichen sind dafür zweifellos vorhanden.“

Daß die Wohnbausteuern auf den „breiten Schichten“ der Bevölkerung schwer lasten, ist ja einfach nicht wahr. Daß Hartig den Ruin der Hausbesitzer, das heißt für Wiener Verhältnisse der Zinsgier, die aus den ungeheuren Mietslöhnen früher blutigen Gewinn zogen, bedauert, ziemt sich für einen Nationalsozialisten. Daß aber der Nationalsozialist das Breitnersche System für den Ruin der Wirtschaft hält, das ist mehr komisch als tragisch.

Die Gemeinde Wien ist die erste Macht, die dem Finanzkapital erfolgreich entgegentritt. Breitner hat zuerst die Banken empfindlich getroffen, indem er die Wohnbaupolitik nicht auf Krediten, sondern auf Verzinsungen anbaute.

Die Kredite, mit denen man in Deutschland bauen will, müssen ja über kurz oder lang auch die Zinsentragere bezahlen und wahrscheinlich sogar die beiden Klassen durch ihre Umfänge. Aber an den Krediten profitieren vor allem die Bankiers, die den Zinsergewinn einstreichen. Wenn die Gemeinde Wien einen Häuserbaud zu bauen beginnt, hat sie die — sagen wir zwei Millionen Schilling — die er kostet, in ihrer Kasse liegen. Sie bezahlt die Zinsentragere, bekommt daher günstige Bedingungen, kann billiger und vor allem, das Finanzkapital geht dabei leer aus.

Wenn die Gemeinde Wien dasselbe Geld kauft, so zahlt sie bei einer Anleihe auf 30 Jahre bei den üblichen Bankzinsen (8-12 Prozent) insgesamt 6.000.000 Schilling Zinsen, was einer Erhöhung der Schuldschuld auf das Vierfache gleichkommt. Die Differenz zwischen den zwei Millionen und den 12 Millionen, also die riesige Summe von zehn Millionen Schilling liegt in die Taschen des Finanzkapitals.

Der Gewinn ergeht nun den Wienern Bankkapitalisten, die Gemeinde Wien baut mit barem Gelde, braucht kein Bank und verfährt dadurch den Wohnbau um ein Vielfaches. Deshalb jammer die bürgerliche Presse Wiens von der politischen bis zur wirtschaftlichen und von Bewußt bis zu weisendem Verstand, daß die Wiener Finanzpolitik die Wirtschaft ruinieren, denn eine Anleihe ist wie eine große Bewässerungsanlage, die der ganzen Wirtschaft nützt kommt, wie die „Grunde“ es einmal zum Ausdruck. Aber weder gutes Zureden noch Drohungen helfen. Breitner vorat nicht und die Millionen und Milliarden — die es bei der großen Brutalität infachlich ausmachte, fallen den Banken nicht den Schoß. Sollte das, dieses vielleicht wichtigste Ergebnis der Baupolitik der roten Kommune, der

nationalsozialistische Bürgermeister übersehen haben? Er gehört einer Partei an, die der Sozialdemokratie vorwirft, einen einseitigen Kampf gegen das Industriekapital zu führen, die seit Jahren die Verleumdung anspricht, daß die Sozialdemokratie im Dienste des „jüdischen Bankkapitals“ stehe. Hartig schwört auf das Programm Jung, Swirfried Feders und Silvio Gesells, die doch die „Zinsnechtschaft brechen“ aus das Finanzkapital kürzen wollen. Nun könnte man einwenden, daß die Taten Feders und Gattermayers und anderes mehr den Kampf zur Brechung der Zinsnechtschaft als

Berschärfung der französisch-italienischen Spannung.

Anti-italienische Demonstrationen auf Corsica.

Paris, 20. September. Der römische Berichterstatter des Maties „Information“ meldet, daß sich die Spannung zwischen Frankreich und Italien von neuem verschärft habe. Den letzten amtlichen Meldungen zufolge betreffen die dieser Tage zwischen Rom und Paris geführten Verhandlungen nicht nur die mit dem Attentat gegen Mussolini zusammenhängenden Incidende, sondern die allgemeinen französisch-italienischen politischen Beziehungen. Außerdem sei es sicher, daß Mussolini auf seiner These beharre, derzufolge es nicht zulässig sei, daß in den fremden Staaten weiterhin eine persönliche Kampagne gegen ihn geführt werde und daß er deshalb deren Einstellung fordern wird. Die Nichterfüllung dieser Forderung oder irgendwelche Anstöße würde Mussolini zum Anlaß nehmen, der italienischen

auswärtigen Politik eine neue Orientierung zu geben.

Paris, 20. September. Havas meldet aus Bastia (auf Corsica): Als das Gerücht verbreitet wurde, daß der Kommandant des im Hafen von Livorno liegenden französischen Dampfers „Liamone“ gezwungen worden sei, bei einer dort veranstalteten faschistischen Kundgebung die französische Flagge auf Halbmast zu setzen, haben Mitglieder einer antifaschistischen Organisation in Bastia gestern vor dem italienischen Konsulat demonstriert und dem Konsul gezwungen, eine französische Fahne neben der italienischen aufzuhängen. Die Demonstranten zogen hierauf zum Hafen und zwangen die Kapitäne der dort vor Anker liegenden italienischen Schiffe, ebenfalls die französische Flagge zu hissen.

Unwetterkatastrophe an der Küste von Florida

Die Stadt Miami von Sturmwellen überflutet. — Ueber 1100 Tote. Kleiner Sachschaden.

Keyes (Florida), 20. September. (Havas.) In Nordflorida wütete ein starker Sturm. Infolge dessen wurden Miami Beach und die Stadt Miami von den Hochfluten des Meeres überflutet und gräßliche Verheerungen angerichtet.

Der Sheriff von Jacksonville hat dem Gouverneur um die Abfindung von 500 Mann Staatspolizei nach Miami ersucht, da die Zustände dort furchtbar seien. Das Flutwasser stand während des Sturms bis vier Fuß hoch in den Straßen. Die Straßen sind mit Automobilstümmern, Telegraphenmasten und Möbeln besät. 250 Schiffe,

Dampfer, Yachten und Hausboote, die im Hafen lagen, wurden beschädigt.

Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl der Toten etwa 1150. Der vom Ozean angerichtete Schaden wird auf 100 Millionen Dollar geschätzt. Eine große Zahl von kleinen Schiffen wurde versenkt. In Clewiston und Moorehaven sind 140 Menschen ums Leben gekommen. Beide Orte liegen in Trümmern. Die Straße, welche diese beiden Orten miteinander verbindet, ist mit Leichen bedeckt.

Die Zahl der Verwundeten und Obdachlosen beläuft sich auf viele Tausende.

Inland.

Der Kongreß der tschechischen Sozialisten.

In den letzten Wochen war es bereits klar geworden, daß der Kampf Klose gegen Stribny, der die tschechische sozialistische Partei seit Monaten erfüllte, mit dem Siege Klose's enden werde. So ist es auch auf dem Parteitag geschehen, der Samstag und Sonntag in Brünn abgehalten wurde. Die überwiegende Mehrheit der Partei war mit dem Vorgehen Stribnys nicht einverstanden und was man noch auf dem Kongreß gehört hat, bestätigt, was schon früher alle Späßen von den Dächern pfiffen, daß nämlich Stribnys enge Beziehungen zu Gajda unterhalten hat und daß er zumindest mit dem Gedanken eines faschistischen Umsturzes gespielt hat. Dem von keiner Grundfragen angehenden Konjunkturpolitiker gestützte es, den tschechoslowakischen Mussolini zu spielen. Dieser Versuch ist für Stribny fälschlich ausgefallen, er hat ihn mit dem Verlust der Führung, ja mit dem Verlust der Jugendlichkeit zur tschechischen sozialistischen Partei bezahlt. Wie wir bereits gestern gemeldet haben, ist Stribny schon bei den Vorbereitungen des Kongresses seiner Partei, die am Samstag stattfanden, aus der Partei ausgeschlossen worden, ebenso seine nächsten Freunde der Abgeordnete Trnubranst, der ehemalige Sekretär der Volksministerialrat Simel und der Redakteur Schwarz, der seinerzeit das „Česko Slovo“ ganz im Sinne Stribnys geleitet hatte.

So wie am Samstag war bei den eigentlichen Beratungen des Kongresses am Sonntag die große Mehrheit der Partei auf Seiten des bisherigen Parteivorsitzenden Klose. Stribny selbst war auf dem Kongreß nicht mehr anwesend, die Opposition wurde vom Sekretär der tschechoslowakischen Arbeitergemeinschaft, dem Abgeordneten Tuem geführt. Die Schwäche der Opposition aber zeigt sich darin, daß nicht alle gewerkschaftlichen Verbände sich hinter den Sekretär der zentralen gewerkschaftlichen Organisation der Partei stellten. Insbesondere die Vertreter der Eisenbahner nahmen scharf gegen Tuem Stellung. Bei der ersten Abstimmung, bei der es sich darum handelte, ob per Affirmation oder mit Stimmzetteln abgestimmt werden sollte, trat die ganze Schwäche der Opposition zu Tage, indem sich 800 Delegierte für die Abstimmung per Affirmation und nur 50 dagegen erklärten. Das machte den Führer der Opposition sehr nervös, so daß er zu seinem bereits im Druck vorliegenden Referat seine Bemerkungen machte, weil er, wie er selbst erklärte, sehr deprimiert war. Schließlich verließ er mit etwa 15 Gewerkschafts-

sekretären den Kongreß. Nur dadurch, daß sich Klose entschieden dafür einsetzte, wurde schließlich Tuem in den Vorstand der Partei wieder gewählt.

So schwer die Niederlage Tuem's auf dem Kongreß war, so sehr bedeutet dieser Kongreß nicht nur einen Erfolg des Vorsitzenden Klose, sondern auch den des Ministers Benes. Denn hat in der nationalsozialistischen Partei niemals eine bedeutendere Rolle gespielt. Er war vor dem Kriege Realist gewesen und trat nach dem Kriege in die nationalsozialistische Partei ein, weil er in parlamentarischen Regierungen Minister war und ein Abgeordnetenmandat sowie einen Rückhalt bei einer politischen Partei brauchte. Erst in der letzten Zeit ist sein Anhang in der Partei größer geworden und auch der sonntägige Kongreß bedeutet eine Stärkung seiner Position in der Partei. Benes hat aus Genuß ein Schreiben an den Kongreß geschrieben, in dem er unter anderem mitteilt, daß Stribny die Meinung ausgesprochen hat, die Regierung der Tschechien sei in der Tschechoslowakei nicht anrecht zu erhalten und müsse durch eine Diktatur abgelöst werden. Nach Verlesung des Briefes stand der ganze Kongreß auf und drach in Beifallsstürme aus.

Nach länger war still, das, was der Regionalabgeordnete David über Stribny erzählte. Wie er mitteilte, war Gajda seinerzeit in Audienz bei Stribny, als dieser noch Minister war. Als Gajda aus der Audienz zurückgekehrt war, traf er David und sagte ihm: „David, wir werden in der Republik noch einen Umsturz machen — aber diesen Umsturz werden wir mit den Nationalsozialisten machen.“ Durch die Zuschrift Benes und durch diese Feststellungen Davids wurde der Kongreß in seinem Vorgehen gegen die Opposition bestätigt.

Interessant ist auch, daß in einer telegraphischen Antwort des Präsidenten Masaryk auf ein Begrüßungsschreiben des Kongresses der Präsident selbst zur Krise in der Partei Stellung nimmt. Es heißt nämlich in dem Telegramm: „Ich wünsche Ihren Arbeiten Erfolg und Ihrer Partei, daß sie bald und völlig ihre Krise übersehen möge. Die Krise ist kein Verfall, sie kann der Anfang erneuerten Lebens sein. Ich wünsche Ihnen diese Erneuerung im Interesse unseres politischen Lebens und des Staates.“

Ob die Partei endlich die Krise überstanden hat, kann man heute noch nicht sagen. Es kommt darauf an, was die um den Abgeordneten Tuem sich gruppierende Opposition tun wird. Diese Opposition besteht aus einigen führenden Leuten der Gewerkschaftsorganisationen der Nationalsozialisten und wenn auch die Eisenbahner gegen Tuem entschiedene Stellung genommen haben, so die

Die Exekution der Bergarbeiter verlagert.

London, 20. September. Das Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes trat heute in London zusammen, um die Vorschläge der Regierung zur Regelung des Kohlenkontingentes zu prüfen. Nach einer langen Debatte verlagerte sich der Ausschuß auf morgen. Es verläutet, daß der Ausschuß zu keiner endgültigen Entscheidung gelangen konnte.

Frage, was die anderen Verbände tun werden. Politisch nicht unbedeutend ist auch die Änderung des Namens der Partei. Unter dem Eindruck der revolutionären Umwälzungen in Europa, die sich unmittelbar nach dem Krieg vollzogen, hat die Partei ihren alten Namen „nationalsozialistische“ Partei abgelegt und sich „tschechischsozialistische“ Partei genannt. Das bedeutete, daß die Partei auf den Sozialismus größeren Wert legen wolle als früher. Nun hat sich eine gewisse Rückbildung vollzogen, auf dem sonntägigen Parteitag hat die Partei den Namen „nationalsozialistische“ angenommen, womit sie zweifellos die Betonung ihres nationalen Standpunktes zum Ausdruck bringen will. Liegt schon in dieser Namensänderung ein Anzeichen der prinzipiellen Unklarheit in den Reihen der Partei vor, so liefert die auf dem Kongreß gefasste politische Resolution den Beweis dafür. Einerseits erklärt die Partei, daß sie in Opposition geben werde. Ihre nationale und sozialistische Pflicht sei es gegen das heutige reaktionäre Regime anzukämpfen. Gleich darauf wird das Bekenntnis abgelegt, daß die Partei zur Mitregierung sich bereit halte. Freilich in einer vollkommenen Mehrheit als es die heutige ist. Ebenso spricht sich die Resolution, wenn auch nicht sehr entschieden für die Einführung der 14monatigen Dienstzeit und für die Beibehaltung des Soldatenwahlrechtes aus. Den Staatsvoranschlag werde die Partei vom staatlichen Gesichtspunkt betrachten. Was aber die Möglichkeit des Stimmens für den Staatsvoranschlag nicht ausschließt. Auch die Beendigung des Kongresses zeigte die ganze Zweifelschichtigkeit der Partei in dem sowohl die Nationalhymne als auch die rote Fahne gesungen wurden.

Kampf innerhalb der jungen Generation der Nationaldemokratie. Während der Faschismus anfangs die ganze nationaldemokratische Partei in sein Schlepptau zu nehmen schien, sind, wie wir bereits vermerken konnten, Stimmen der nationaldemokratischen Politiker laut geworden, welche sich dagegen wenden, daß die faschistische Bewegung mit der nationaldemokratischen Partei identifiziert werde. Die stärkste Stimme findet aber der Faschismus in den Jugendorganisationen der nationaldemokratischen Partei, der sogenannten „Jungen Generation“, unter der ganz besonders der junge Dr. Raskin für die faschistische Idee eintritt. Aber auch in der jungen Generation beherrschen, wie sich nun zeigt, die Faschisten nicht völlig das Feld. Im „Třetel“ („Morgen“), dem Organ der jungen Generation, kommen nun auch Leute zu Worte, die sich mit Entschiedenheit gegen den Faschismus wenden. So findet sich darin ein Artikel des Dr. Vladimir Prochazka, der unter anderem schreibt, daß nur ein demokratischer Staat allen Staatsbürgern die vollen Rechte zuweisen kann, daß der tschechoslowakische Staat ein demokratischer Staat bleiben muß, und daß es gegen den Sinn der tschechoslowakischen Geschichte sei, für die Diktatur und gegen die Demokratie einzutreten. In ähnlicher Weise spricht sich in demselben Organ ein Artikel eines gewissen Touk aus. Dieser zeigt, wie der Faschismus in Italien aus einer republikanischen und antiklerikalen zu einer monarchistisch-katholischen Bewegung sich entwickelt habe, und daß kein einziger der faschistischen Führer in sich das Zeug zum politischen Führer habe. Die Faschisten neigen in letzter Zeit in kulturellen Dingen den Klerikalen zu und gefallen sich in einem groben Antisemitismus. — Wenn der Faschismus nicht einmal die „goldene“ Jugend, die Söhne von Fabrikanten und Bankdirektoren für sich gewinnen kann, dann steht es mit ihm nicht gut.

Nitzlungen Faschistenversammlungen. Samstag und Sonntag fanden an einigen Orten in Mähren Faschistenversammlungen statt, bei denen es durchwegs zu Zwischenfällen kam. Am Samstag Abend fand im Garten des tschechischen Vereinshauses in Jgla u eine von den Faschisten einberufene Versammlung statt, bei der jedoch die sozialistischen Parteien die Mehrheit hatten. Die Versammlung wurde unter großem Lärm eröffnet und bevor noch das aus der Opposition gewählte Präsidium den Vortritt übernehmen konnte, erklärte der Regierungsdirektor die Versammlung für aufgelöst. In anschließenden Garten kam es zu einigen Zusammenstößen, wobei Verhaftungen vorgenommen wurden. — Am Sonntag sollte eine Faschistenversammlung in Znojmo stattfinden, in der der bekannte Faschist Dr. Svoboda sprechen sollte. Die Mehrheit der Versammlung setzte jedoch der Abhaltung einen solchen Widerstand entgegen, daß die Faschisten abziehen mußten, noch bevor die Versammlung eröffnet wurde. — Auch die in Kossitz an demselben Tage stattgefundene Versammlung verlief stürmisch. Da sich die Faschisten nicht einigen konnten, löste der anwesende Polizeikommissar die Versammlung auf. Vor dem Eingang zum Saal kam es jedoch zu einem Zusammenstoß, wobei eine Hofmauer einstürzte. Acht Personen wurden dabei verletzt.

Der tschechische nationalsozialistische Abgeordnete Laube wurde auf dem sonntägigen Parteitag der Nationalsozialisten beschuldigt, daß er in der Zeit, da er Vorsitzender des Verwaltungsausschusses

Die Eröffnung der Leipziger Arbeiter-Turn- und Sportschule.

Die Einweihung am 18. September.

fest des Bodenamtes war, vom Kreuzherrnorden in Prag ein Grundstück im Ausmaße von mehr als 4000 Quadratmeter um 2100 K^o gekauft habe, so daß ein Quadratmeter nur 54 Heller kostete. Die Angelegenheit wurde der Disziplinarkommission zugewiesen mit dem Auftrage ihr Urteil in vier Wochen zu fällen.

Verzögerung der Parlamentsberatung. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hielt gestern eine Sitzung ab, die sich mit der Frage der Parlamentsberatung befahte. Vier große Parteien, deutsche und tschechische Sozialdemokraten, Kommunisten und tschechische Nationalsozialisten, hatten den Antrag auf sofortige Parlamentsberatung gestellt. Angesichts der von Tag zu Tag sich steigenden Wirtschaftskrise wäre es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß das Parlament unverzüglich zusammentritt und sich mit ernstlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise beschäftigt. Aber den Vertretern der Linkskoalition paßt eine Einberufung des Parlamentes in diesem Zeitpunkt noch nicht und so schieben sie die — noch unvollendeten Adaptionsarbeiten (!) im Gebäude des Abgeordnetenhauses als Grund vor, um die Parlamentsberatung noch nach Möglichkeit zu verzögern. Nach einem offiziellen Kommuniqué wurde der Vorsitzende ermächtigt, mit dem Vorsitzenden der Regierung dahin zu verhandeln, daß beide Häuser zur Herbsttagung möglichst bald im Laufe des Oktober einberufen werden. Vorläufig wäre noch für die Frühjahrstagung, die ja bekanntlich formell immer erst einen Tag vor Beginn der Herbsttagung abgeschlossen wird, um in der parlamentarischen Zeit der Brauchschätzung durch den ständigen Ausschuss zu entscheiden, Stoff mehr als genug vorhanden und es würde eine schriftliche Einladung des Präsidiums an die Abgeordneten vollständig genügen, um die Parlamentsmaschine in Tätigkeit zu setzen. Aber so ist von den Verhandlungen Malapetres mit dem Ministerpräsidenten bis zur tatsächlichen Einberufung des Parlamentes zur Herbsttagung wohl noch ein weiter Weg und so werden wohl die seit langem furchterregenden Meldungen recht behalten, daß das Parlament erst Ende Oktober zusammentreten wird.

Einwurf einer neuen Oberbrücke.

Drei Arbeiter ertrunken, einer schwer verletzt. — Die Ursache: „Höhere Gewalt“.

Stettin, 19. September. (Wolff.) Heute vormittag gegen 11 Uhr stürzte die bei Garz von der Allgemeinen Bauergesellschaft in Berlin neu erbaute Brücke über die Oder infolge der Senkung eines Mittelpfeilers ein. Die beiden großen Mittelpfeiler der Brücke, die am kommenden Sonntag eingeweiht werden sollte, sanken in die Tiefe. Drei Arbeiter wurden mit in die Fluten gerissen und ertranken. Ein Arbeiter erlitt einen Beinbruch und mehrere Rippenbrüche.

Berlin, 20. September. Wie die Blätter zu dem Einsturz der neuen Oberbrücke bei Garz mitteilen, hat der Staatsanwalt die Untersuchung der Schuldfrage eingeleitet. Vom „Montagspost“ sollen Anzeichen dafür vorliegen, daß der Einsturz auf höhere Gewalt zurückzuführen ist. Möglicherweise hat sich durch Strudelbildung oder sogenannte „wandernde Moore“ unter dem Flugblech eine Höhle gebildet, die plötzlich eingebrochen ist und den Einsturz der Brückenpfeiler verursacht hat. Das Unglück geschah 5 Minuten nachdem ein großer Vergnügungsdampfer die Brücke passiert hatte.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Mittwoch.
8.30: Die Welt der Zukunft. 9.00: Die Welt der Gegenwart. 9.15: Die Welt der Vergangenheit. 9.30: Die Welt der Zukunft. 9.45: Die Welt der Gegenwart. 10.00: Die Welt der Vergangenheit. 10.15: Die Welt der Zukunft. 10.30: Die Welt der Gegenwart. 10.45: Die Welt der Vergangenheit. 11.00: Die Welt der Zukunft. 11.15: Die Welt der Gegenwart. 11.30: Die Welt der Vergangenheit. 11.45: Die Welt der Zukunft. 12.00: Die Welt der Gegenwart. 12.15: Die Welt der Vergangenheit. 12.30: Die Welt der Zukunft. 12.45: Die Welt der Gegenwart. 13.00: Die Welt der Vergangenheit. 13.15: Die Welt der Zukunft. 13.30: Die Welt der Gegenwart. 13.45: Die Welt der Vergangenheit. 14.00: Die Welt der Zukunft. 14.15: Die Welt der Gegenwart. 14.30: Die Welt der Vergangenheit. 14.45: Die Welt der Zukunft. 15.00: Die Welt der Gegenwart. 15.15: Die Welt der Vergangenheit. 15.30: Die Welt der Zukunft. 15.45: Die Welt der Gegenwart. 16.00: Die Welt der Vergangenheit. 16.15: Die Welt der Zukunft. 16.30: Die Welt der Gegenwart. 16.45: Die Welt der Vergangenheit. 17.00: Die Welt der Zukunft. 17.15: Die Welt der Gegenwart. 17.30: Die Welt der Vergangenheit. 17.45: Die Welt der Zukunft. 18.00: Die Welt der Gegenwart. 18.15: Die Welt der Vergangenheit. 18.30: Die Welt der Zukunft. 18.45: Die Welt der Gegenwart. 19.00: Die Welt der Vergangenheit. 19.15: Die Welt der Zukunft. 19.30: Die Welt der Gegenwart. 19.45: Die Welt der Vergangenheit. 20.00: Die Welt der Zukunft. 20.15: Die Welt der Gegenwart. 20.30: Die Welt der Vergangenheit. 20.45: Die Welt der Zukunft. 21.00: Die Welt der Gegenwart. 21.15: Die Welt der Vergangenheit. 21.30: Die Welt der Zukunft. 21.45: Die Welt der Gegenwart. 22.00: Die Welt der Vergangenheit. 22.15: Die Welt der Zukunft. 22.30: Die Welt der Gegenwart. 22.45: Die Welt der Vergangenheit. 23.00: Die Welt der Zukunft. 23.15: Die Welt der Gegenwart. 23.30: Die Welt der Vergangenheit. 23.45: Die Welt der Zukunft. 24.00: Die Welt der Gegenwart.

Deutschland.
Hamburg, 19. Sept. 17.30: Die Welt der Zukunft. 18.00: Die Welt der Gegenwart. 18.30: Die Welt der Vergangenheit. 19.00: Die Welt der Zukunft. 19.30: Die Welt der Gegenwart. 20.00: Die Welt der Vergangenheit. 20.30: Die Welt der Zukunft. 21.00: Die Welt der Gegenwart. 21.30: Die Welt der Vergangenheit. 22.00: Die Welt der Zukunft. 22.30: Die Welt der Gegenwart. 23.00: Die Welt der Vergangenheit. 23.30: Die Welt der Zukunft. 24.00: Die Welt der Gegenwart.

England.
London, 19. Sept. 11.00: Die Welt der Zukunft. 11.30: Die Welt der Gegenwart. 12.00: Die Welt der Vergangenheit. 12.30: Die Welt der Zukunft. 13.00: Die Welt der Gegenwart. 13.30: Die Welt der Vergangenheit. 14.00: Die Welt der Zukunft. 14.30: Die Welt der Gegenwart. 15.00: Die Welt der Vergangenheit. 15.30: Die Welt der Zukunft. 16.00: Die Welt der Gegenwart. 16.30: Die Welt der Vergangenheit. 17.00: Die Welt der Zukunft. 17.30: Die Welt der Gegenwart. 18.00: Die Welt der Vergangenheit. 18.30: Die Welt der Zukunft. 19.00: Die Welt der Gegenwart. 19.30: Die Welt der Vergangenheit. 20.00: Die Welt der Zukunft. 20.30: Die Welt der Gegenwart. 21.00: Die Welt der Vergangenheit. 21.30: Die Welt der Zukunft. 22.00: Die Welt der Gegenwart. 22.30: Die Welt der Vergangenheit. 23.00: Die Welt der Zukunft. 23.30: Die Welt der Gegenwart. 24.00: Die Welt der Vergangenheit.

Punkt halb 10 Uhr ertönte im dichtgedrängten Nebungssaal der Bundesschule die Stimme des Sängers aus Sigurd Jorsalfar, Op. 56 von Grieg, wirkungsvoll und würdig vorgetragen vom Schülere-Orchester. Am die reich mit Grün geschmückte Bühne standen Jahreshandlungen, die der Versammlung ein feierlich-würdiges Gepräge gaben. Hell strahlte das Oberlicht auf die aufmerksam laufende Festgäste, die fühlten, daß der heutige Tag in der Geschichte der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung der bisher bedeutungsvollste ist. Der Reichliche Rännerchor ließ eindringlich das Lied „Kront den Tag“ folgen. Dann wurde ein Vortrags von einer Turngenossin temperamentvoll vorgetragen. Genosse Sellert richtete nun eine Ansprache an die Festversammlung. Eine neue Zeit kündigt die neue Bundesschule, frei habe man sich gemacht von allen bürgerlichen Einrichtungen auf dem Gebiete der Turn- und Sportbewegung. Der erste Dank gebührt den Arbeiter-Turn- und Sportgenossen und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft; Dank der tschechischen Regierung, der Stadt Leipzig, der Ortskrankenkasse und anderen Korporationen, die zu den Bankosten beigetragen haben. Bedauerlich sei, daß die deutsche Reichsregierung, die lediglich schriftlich Glückwünsche übersandt habe, in diesem Anzuge fehle. Die Nachbereitungen notwendiger Mittel zur Bundesschule, deren Baukosten etwa 1 Million Mark betragen, müsse unbedingt noch vom Reiche erfolgen.

Das Haus habe auch internationale Bedeutung. Möge es der Arbeiterschaft wertvolle Dienste leisten. Genosse Sellert übergab dann im Auftrage des Bundesvorstandes dem Genossen Benediz, dem Leiter der Schule, das neue Haus. Genosse Benediz erinnerte an die Geschichte der Bundesschule. Vor sechs Jahren wurde sie gegründet. Die Inflation vernichtete zunächst die Pläne auf Errichtung eines Schulgebäudes. Deito überwältigender sei nun der Erfolg. Das Werk sei gelungen. Nur in einem eigenen Hause können die Lehrer ganz ungestört wirken. Die Schule sei heute die Zentrale der internationalen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Mit einem stürmisch aufgenommenen „Frei Heil“ schloß der Leiter der neuen Schule. Der Arbeitsminister Eisner überbrachte die Glückwünsche der tschechischen Staatsregierung. Stadtschulrat Professor Stahl überbrachte Glückwünsche des Deutschen Städtebundes und der Stadt Leipzig. Genosse Blotzke sprach für die sozialdemokratische Stadtverordneten- und Ratsfraktion. Die Schule könne sich auf die Unterstützung beider Fraktionen nach wie vor verlassen. Genosse Lipinski vertret die Sozialdemokratische Partei und Presse. Er führte aus, daß Geist und Körper eins sein müßten. Die Grundlage eines gesunden Körpers für einen gesunden Geist zu schaffen, sei die Hauptaufgabe der Bundesschule. Genosse Lipinski ging dann auf die Turn- und Sportbewegung in Deutschland über.

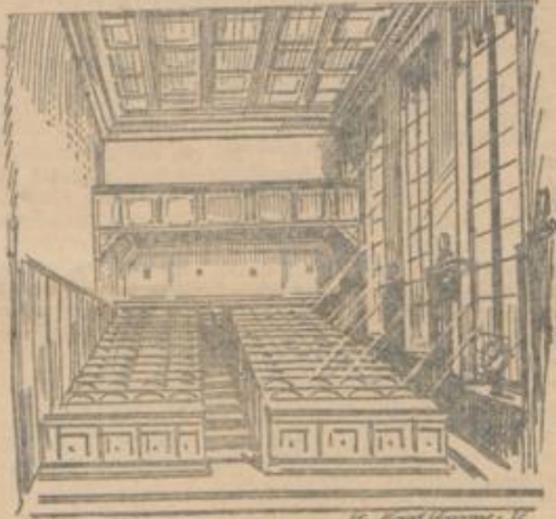
hauptsächlich die Umwälzung von 1918 machte den unwürdigen Zuständen, daß sozialistische Organisationen als Nebenbühler im deutschen Staate behandelt werden, ein Ende. Siegreich habe sich die deutsche Arbeiter-Turn- und Sportbewegung durchgesetzt. „Der Freiheit eine Gasse“ müsse der Wohlstand aller sozialistischen Arbeiterorganisationen bleiben. Reichstagsabgeordneter Oberlein überbrachte die Grüße der SPD und der Komintern. Genosse Schilling sprach für den ADGB und das Leipziger Gewerkschaftskartell. Genosse Bildung wünschte der neuen Hochschule im Namen der Zentralkommission für Sport und Körperpflege in Berlin gutes Gelingen. Weiter hielten Begrüßungsansprachen Dr. Popper, Prag, und Müller, Ruffig, für die tschechisch-sozialistische Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Genosse Pächter, Wien, für den Arbeiterbund für Sport- und Körperkultur in Oesterreich. Weiter sprachen Genosse Wäber vom Arbeiter-Längerbund und vom Arbeiter-Bildungsinstitut Genosse Loofe. Genosse Sellert dankte mit herzlichsten Worten für alle die Glückwünsche und gab dann bekannt, daß zahlreiche Ministerien und in- und ausländische Korporationen Glückwünsche gesandt hätten. Ein Vortrag des Männerchors und der Gesang der Internationalen, dessen Refrain die Versammlung mitlang, schloß die glanzvoll und würdig verlaufene Feier der Einweihung der Bundesschule.

Das neue Werk.

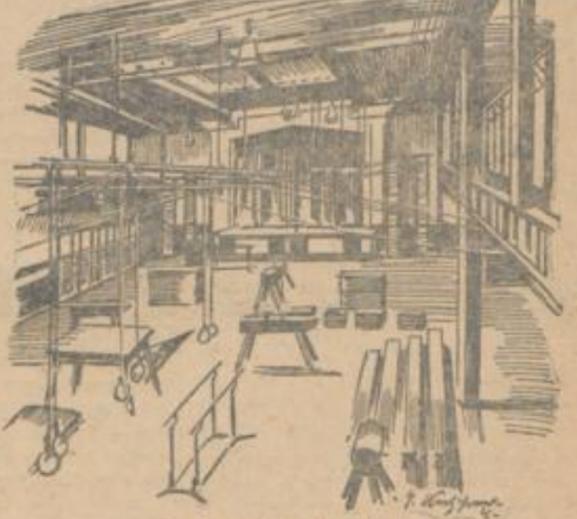
Im Jahre 1912 wurde auf dem zwischen Pich- und Kampstraße in Leipzig gelegenen, künstlich erworbenen Grundstück das Bundeshaus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung errichtet. Es besteht aus zwei Doppelwohnhäusern mit 48 Wohnungen und dem Geschäftsbau, in dem sich die Räume der Organisation, des Verlages, der Druckerei usw. befinden. Als Nebungssaal wurde die 14x8 Meter große Turnhalle errichtet, die auch gleichzeitig den Arbeitsraum der Bundesschule darstellte. Zu jener Zeit hatte die Organisation rund 160.000 Mit-

glieder. Das Steigen der über 14 Jahre alten Mitglieder auf rund 600.000 (und 200.000 Kinder), sowie die Viehgefahrlichkeit der Betriebsweise verlangten gebieterisch eine Aenderung der Baullösungen. Auch die Kriegsverluste des Bundes an gebildeten technischen und geschäftlichen Vereinsfunktionären machten sich noch bis zum heutigen Tage im Organisationsleben bitter fühlbar. Aus den kleinen Anfängen der Nebungsklassen heraus reifte 1922 der Plan, eine eigene Schule zu errichten. Die Inflation ließ alle Gedanken dar-

über die Hauptmasse des Baugeldes wurde aber angesetzt durch die eingegangenen Sonderbeiträge und durch die Überweisung des Bundes und des Arbeiter-Turnverlages. Das Schulgebäude umfaßt außer den Wohnungen des Schulleiters und des Hausmeisters die sportärztliche Unternehmungs- und Beratungsstelle, Hör- und Lehrsäle, Sitzungs- und Ausstellungsraum und Archiv, Bibliothek, photographisches Atelier und ferner Arbeitsräume für die technischen Bundesbeamten und für die Lehrer der Schule. Im



Der Foyer.

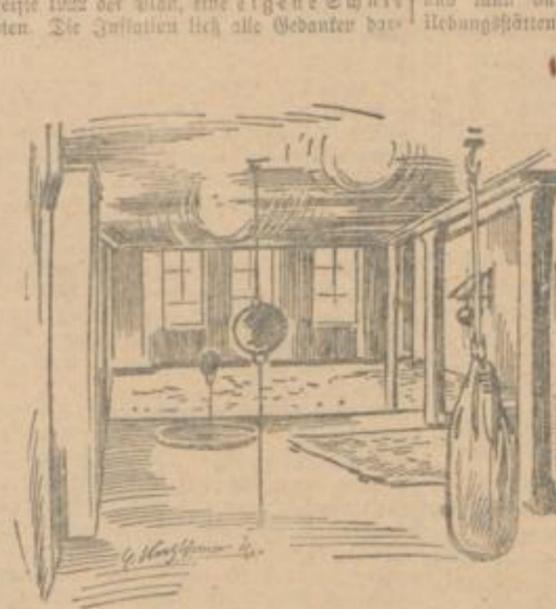


Nebungssaal mit Bühne.

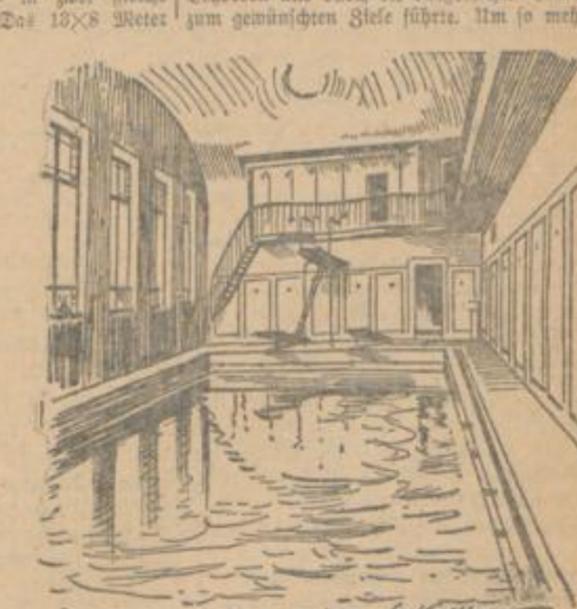
glieder. Das Steigen der über 14 Jahre alten Mitglieder auf rund 600.000 (und 200.000 Kinder), sowie die Viehgefahrlichkeit der Betriebsweise verlangten gebieterisch eine Aenderung der Baullösungen. Auch die Kriegsverluste des Bundes an gebildeten technischen und geschäftlichen Vereinsfunktionären machten sich noch bis zum heutigen Tage im Organisationsleben bitter fühlbar.

aus den kleinen Anfängen der Nebungsklassen heraus reifte 1922 der Plan, eine eigene Schule zu errichten. Die Inflation ließ alle Gedanken dar-

über die Hauptmasse des Baugeldes wurde aber angesetzt durch die eingegangenen Sonderbeiträge und durch die Überweisung des Bundes und des Arbeiter-Turnverlages. Das Schulgebäude umfaßt außer den Wohnungen des Schulleiters und des Hausmeisters die sportärztliche Unternehmungs- und Beratungsstelle, Hör- und Lehrsäle, Sitzungs- und Ausstellungsraum und Archiv, Bibliothek, photographisches Atelier und ferner Arbeitsräume für die technischen Bundesbeamten und für die Lehrer der Schule. Im



Die Sporthalle.



Das Schwimmbaden.

über zunächst verhandelt. Am 21. September 1921 wurde jedoch, nachdem der Bundesrat in Kassel seine Zustimmung zum Bau der Bundesschule gegeben hatte, der erste Spatenstich getan, und am 28. September 1921 fand im Beisein des Bundesvorstandes unter großer Beteiligung der Leipziger Vereine die Grundsteinlegung statt. Die Durchführung des Baus hing im wesentlichen von der Bekämpfung der zum Bau notwendigen Mittel ab. Der tschechische Staat, die Stadt Leipzig und Berlin leisteten Beiträge; verschiedene Städte gaben kleinere Beiträge.

Die Hauptmasse des Baugeldes wurde aber angesetzt durch die eingegangenen Sonderbeiträge und durch die Überweisung des Bundes und des Arbeiter-Turnverlages. Das Schulgebäude umfaßt außer den Wohnungen des Schulleiters und des Hausmeisters die sportärztliche Unternehmungs- und Beratungsstelle, Hör- und Lehrsäle, Sitzungs- und Ausstellungsraum und Archiv, Bibliothek, photographisches Atelier und ferner Arbeitsräume für die technischen Bundesbeamten und für die Lehrer der Schule. Im

man, wie groß in den bürgerlichen Kreisen die Beachtung ist, die dem Bau der Bundesschule geschenkt wird. Groß und stark ist die Organisation der Arbeiterturner geworden. Heute blüht man nicht mehr hochfabelnd auf sie herab. Die Tage von Leipzig und Frankfurt haben die Führung vor der Arbeiterturnbewegung mächtig gefördert. Die Bundesschule ist das lebendigste Beispiel des Opfermutes und der Solidarität. Möge der Bau bis in fernste Jahre ein heiliges Wahrzeichen der Arbeiterschaft und im besonderen des Arbeiterparties sein. E. G.

Zum Städtetag in Wien.

Der Verein für Kommunalpolitik Berlin hielt am 12. und 13. d. M. im Sitzungssaale des Wiener Rathhauses seine Generalversammlung ab. Der Besuch derselben zeigte schon, daß die Dinge, über die gesprochen und beraten werden sollte, nicht von alltäglicher Bedeutung sind und auch die Teilnehmer selbst ließen auf die Wichtigkeit dieses Städtetages schließen. Es waren nicht nur österreichische und deutsche Kommunalpolitiker anwesend, sondern es waren dort vertreten auch eine Reihe von deutschen Städten und Bezirken, sowie der Verband der Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei. Außerdem waren Vertreter dort aus Ungarn, Rumänien und Belgien. Die Arbeit, die auf dem Kongreß geleistet wurde, läßt sich zergliedern in solche, betreffend das Gebiet der Verwaltungstechnik, der Finanz, und der Sozialpolitik in den Gemeinden. Und es kam bei der Behandlung aller mehr für die Kommunalpolitik wichtigen Fragen nicht nur das allgemeine Streben zur Geltung, die Gemeinde von der Abhängigkeit des Staates loszulösen, sondern vor allem war auch der Grad der sozialen Tendenz festzustellen, der sich in den einzelnen Kommunen der von dem Kongreß berührten Staaten, durchzieht. Wir dürfen auch sagen, daß sich auf diesem Kongresse die Kluft zwischen der sozialdemokratischen Gemeindepolitik und jener des Bürgerrechts mit aller Deutlichkeit offenbarte.

Der deutsche Referent, welcher über die Verwaltungsaufgaben und ihre Tätigkeit

sprach, bewegte sich mehr als Theoretiker, denn als Praktiker auf verwaltungstechnischem Gebiete und seinem Vortrage fehlte vor allem fast vollständig das soziale Gefühl, welches das Wesen in der Verwaltung der Gemeinde beherrschend soll; er sprach dort als der sich kalkulierende Geschäftsmann, der mit dem Bleistift errechnet, wie er am meisten verdienen kann; und wenn von der Demut der Kommunalpolitik durch die Reichsgesetze gesprochen wurde, so nicht in erster Linie, weil man sie als Last für die soziale Entwicklung des Gemeinwesens empfindet, sondern nur, weil die Gemeinde als Selbstverwaltungskörper durch sie hart eingegrenzt und vom verwaltungstechnischen Standpunkte aus Schaden leidet. Neben diesem Referat, welches vom Vorsitzenden des deutschen Städtetages Dr. Koberger gehalten wurde, gesteht, zeigte schon, daß auch die Verwaltung dort, wo die ansässigen Organe in der Gemeinde ohne Sinderung des Bürgerrechts fungieren, sich vor ganz anderen Aufgaben stellt. Dieser Vortrag vertrat die Kongreßteilnehmer in die praktische Gemeindeführung und nicht im allgemeinen, daß die Gemeinde Wien ihre Verwaltungsaufgaben nach sozialen Grundgedanken regelt. Besondere Erwähnung wurden der Gemeinde Wien, welche durch das Land Wien weit weniger eingegrenzt wird, als andere österreichische Städte, in denen noch das Bürgerrecht vordringend ist und die Bundesverfassung die Grenzen für die Verwaltung der Gemeinden festsetzt, die größte Selbstverwaltung aller Städte erreicht. Interessant war der Teil seiner Rede, in welchem er über die Spezialisierung der einzelnen Referate und die Einwirkungen der Gemeinde Wien sprach, wie die von Sozialisten geleitete Gemeinde die willkürliche Erzeugnisse in den Dienst der Kontrolle stellen, um jeder Arbeitsleistung in der Gemeinde die größte Ergebenheit zu sichern. Weiter sprach er über die guten Leistungen der Zentralisierung der einzelnen Verwaltungsaufgaben und die Kostensenkung durch die Gemeinde. Es wies auch nicht uninteressant, daß in diesem Vortrage über Zentralisierung der sozialen Aufgabe vom Sonntag bis zum Montag und über die Notwendigkeit dieser Maßnahmen gesprochen wurde. Auch wenn der Redner am Schluß seiner Ausführungen nicht besonders betonte hätte, daß die Gemeinde Wien im Kontakt mit dem Willen und Fühlen der Bevölkerung stehen muß, so hätte jeder gewagt, hier läßt eine große Gemeinde ihre Verwaltungspolitik auf einen weiten Kreis von Kommunalpolitikern auswirken, um in sozialer Beziehung betrübend zu sein, nicht in großen überstülpten Ausführungen, sondern durch einen lebenswarmen Bericht über das was ist. Dann kam Dr. Vogmann und sprach über die Verwaltungsreform in der tschechoslowakischen Republik. Seine Rede, so richtig nach ihrem Inhalte — wenn wir auch machen müssen, daß die nationale Tendenz, werden eine Ausnahme war — zeigt die Tröstlichkeit der Politik in den deutschen Gemeinden der Tschechoslowakei. Aufmerksamst dorthin gelangt werden, daß am Sonntag gefeiert wurde, wie man verwaltet oder verwalten will: in Deutschland nationalistisch, in Österreich sozialistisch und in der Tschechoslowakei nationalistisch.

Wenig interessant wie die Verhandlungen am Sonntag, waren jene vom Montag, wo über die

Steuernpolitik in den einzelnen Staaten gesprochen wurde. Es wurde noch deutlicher festgestellt um bürgerliche und sozialistische Finanzpolitik in den Gemeinden. Der deutsche Redner Dr. Karding, Berlin, zeigt die Entwicklung der Gemeindefinanzpolitik in Deutschland nach dem Krieg; in äußerst bildlicher Weise, man versteht die Art Deutschlands in der Zeit der Inflation; noch einmal kennen. Das Jahr 1924 erst ermöglichte der Gemeinde eine Reihe von Arbeiten durchzuführen, die bis dahin unüberwindlich waren. Eine wichtige Rolle in der Gemeinde spielen die Ausgaben für die Angestellten und die soziale Fürsorge. Sowohl in Aufstand, als auch in Österreich an sozialer Fürsorge wird hier weit

nicht geleistet, als bei uns. Die Gemeindepolitik in Deutschland wird gebunden durch die Steuer-gesetzgebung, die den Gemeinden die Einnahmen festsetzt, ohne Rücksicht auf die Erfordernisse derselben. Der Staat zeichnet der Gemeinde den Aufwandskreis vor und damit die Steuern auf Kosten derselben ab. Die Gemeinde ist die Vollzieherin des Staates, über die sozialen Funktionen derselben aus, ohne auch nur in der Lage zu sein, über ihre Einnahmen zu bestimmen. Es besteht auch für absehbare Zeit in Deutschland nicht die Möglichkeit, einen Ausgleich zwischen Steuern, Staat und Gemeinden herbeizuführen. Die Vorschläge, die zu diesem Ausgleich gemacht wurden, gehen dahin, daß die indirekte Steuer das Reich die Einkommensteuer das Land und alle anderen Steuern der Gemeinde zufallen. Die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege, die zur Finanzierung der Gemeinden bestritten werden müssen, sind naturgemäß auch in Deutschland insofern der allgemeinen Notlage gewaltig gestiegen und der einzige Ausweg, welcher den Gemeinden zur Finanzierung ihrer Finanzen bleibt, sind die Aufnahmen von Darlehen, welche die Gemeinde heute, infolge der Erhöhung der Zinsen gegenüber der Friedenszeit, um das Doppelte belasten.

In den Ausführungen des Sekretärs der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei, Herrn Dr. Seifert, ist nichts neues zu sagen. Es zeigte sich auch hier der Jammer der Gemeindepolitik in der Tschechoslowakei, der Unerfüllbarkeit aller Forderungen, die an eine moderne Gemeinde gestellt werden.

In diesem Referate, das die reaktionäre Gemeindepolitik vordemonstrierte, stellte sich in einem erfreulichen Gegensatz der Vortrag des Genossen Breitner, der über die

Finanzpolitik der Gemeinde Wien

sprach. Bei dieser Gelegenheit kam die Vertriebenheit der Auffassung über die Aufgaben der Gemeinde und über die Beschaffung der Mittel für dieselbe klar zum Ausdruck. Dort das Bürgerrecht, hier der Sozialist Breitner theoretisierte nicht, sondern berichtete über das, was die Gemeinde Wien geleistet hat und woher sie die Mittel dazu nahm. Die Gemeinde Wien bezahlt Zuschläge für die Arbeitslosen, macht für die soziale Fürsorge im allgemeinen Aufwendungen, die 20 Prozent aller Einnahmen ausmachen, gibt für moderne Betriebsanrichtungen ungeheure Summen aus und macht eine Wohnpolitik, die mühselig vor der ganzen Welt besteht. Während Deutschland auf dem Standpunkte steht, Wohnbau sei Sache des Staates, ist für Österreich der Wohnbau vor allem eine Frage der Gemeinden. Deutschland steht auf dem Standpunkte, durch Anleihen Wohnbauten durchzuführen, Breitner baut aus den Erträgen der Wohnbauunternehmer, die Gemeinde wird nicht dauernd belastet. Die bürgerliche Finanzpolitik tendiert dahin, die Bürger zu entlasten auf Kosten der Sozialpolitik, die sozialistische auf Kosten der bestehenden Klasse den sozialen Forderungen näherer Zeit Rechnung zu tragen. Breitner sagt auch, warum man zur Amortisation und Verzinsung der aufgewendeten Summen für die Wohnbauten Wiens nicht die Mieter heranziehen könne. Die Rücksicht auf die Lage der österreichischen Industrie lasse nicht zu, daß man von den Arbeitern und Angestellten Mietspiele verlange, die normalerweise sofort auf die Produktion des Landes übertragen werden, und schließlich auch diese Mietzinspolitik gegenüber den Hauseigentümern, deren Vermögen trotz des Krieges unbeschadet geblieben sei.

Tenn sich auch kein einziger der Kongreßteilnehmer den logischen Darlegungen Breitners widersprechen konnte, so mag doch initiale Ablehnung seiner Finanzpolitik bei recht vielen Gemeindepolitikern vorhanden gewesen sein. Denn die nachfolgende Debatte trug den Geist des Widerstandes gegen die Finanzpolitik, die alle ihre Erfordernisse aus laufenden Einnahmen bestritt. Nur die innere Schwäche der bürgerlichen Auffassung über die Finanzpolitik der Gemeinden mag es gewesen sein, die den offenen Widerspruch ihrer Stellung zur Finanzpolitik Breitners nicht zum Ausbruch kommen ließ.

Sobald auch dieser Städtetag dem sozialistischen Gedanken eine neue Stärkung gebracht. Es wurde nicht nur allgemein angenommen, daß die Gemeinde ihre Sparmaßnahmen nicht bei den Angestellten durchzuführen hat, sondern ökonomisch zu wirtschaften habe, und daß die Sozialpolitik in großzügiger Weise in die Hand genommen werde, die Finanzpolitik der Gemeinden im Gegensatz von heute losgelöst werden muß von der Finanzpolitik des Staates. Die Gemeinde muß aufhören, der Hüter des Staates zu sein, darin in der große Zukunftserfolg der Gemeindepolitik. Der deutsche Städtetag in Wien hat außerdem an den großen Erfolgen des sozialistischen Wien nicht vorbeigehen können und hat sie offen vor aller Welt anerkennen müssen. Sowohl in verwaltungstechnischer Beziehung, als auch in sozialer Hinsicht haben die Delegierten von Wien ungemein viel mit nach Hause genommen, wenn sie auch nicht alle mit diesem System einverstanden sind und innerlich einer solchen Politik fremd gegenüber stehen.

Tages-Neuigkeiten.

Schlesische Kulturwoche in Troppa.

Aus Schlessen wird uns geschrieben: In der Zeit vom 28. September bis 1. Oktober veranstalten die Kultur- und Kunstvereinigungen Schlessens in Troppa die zweite schlesische Kulturwoche. Die Leitung liegt in den Händen des Verbandes der deutschen Bezirksbildungsvereine und gibt daher wohl die Sicherheit, daß es sich hier nicht um eine nationalistische Beerdigung handelt, sondern daß es sich, wie schon der Name sagt, um eine gesamtdeutsche Kulturwoche handelt, mit dem Ziele, im deutschen Stamme der Schlessen das Bewußtsein deutscher Kulturverpflichtung wach zu halten.

Die Leitfäden der Arbeitsausführung aufgestellt hat, gegen dieses Ziel, wenn auch unzulänglich, auf der schlesische Stamm hat seine besondere landesheldische, sprachliche und geschichtliche Bedeutung für die Kultur im Osten; je mehr ihm diese Bedeutung bewußt wird, um so legerreicher kann sein Schaffen für die Gesamtheit sein. Wissenschaftliche und künstlerische heimatische Arbeit in den Schulen soll wachsam dargestellt werden durch Vorträge, Ausdrucksübungen, Kunstausstellungen, Theaterabende und Aufstellungen. Tages-, Partei- und Staatspolitische Fragen sollen von der schlesischen Kulturarbeit ausgeschlossen bleiben. Die deutsche Jugend Schlessens soll zur Kulturarbeit für ihre Heimat gerufen und erregt werden.

Der Verband der Bezirksbildungsvereine Schlessens ist seit seinem Bestehen wie kein anderer bemüht, allgemeine, mehr Volkshilfsarbeiten zu leisten, fern von allen politischen Strömungen und Parteien, und überläßt es diesen, ihre Anhänger in eigenen Parteischulen für ihre politischen Zwecke und Ziele zu schulen. In seinem Arbeitsausdruck finden Männer aller Parteien, die ihre letzte Aufgabe nur darin sehen, in alle Schichten hinein Geistes- und Gemütsbildung zu tragen im Sinne einer vertriebenen Lebensauffassung, die dahin geht, sein eigenes Volk zu schämen und zu schämen bei aller Achtung der anderen Nationen und deren Kultur.

Bei diesen Tendenzen des schlesischen Verbandes ist die Hoffnung berechtigt, daß die zweite schlesische Kulturwoche keine nationalistische Ausschreitungen bringen wird und man kann ihr ein gutes Gelingen wünschen.

Trotzdem bleibt uns Sozialdemokraten auch hier noch manches zu wünschen übrig. In jedem Volkshilfsamt gehört wohl auch (und das nicht wenig) die Klasse der Arbeiter. Und diese müssen es nur recht und billig finden, wenn man bei solchen großen Veranstaltungen, die alle Schichten und Klassen eines Volkstammes heranziehen soll, auch jener Kulturmängel gedenken würde, unter denen die arbeitende Klasse unter der gegenwärtig herrschenden Gesellschaftsordnung empfindlich leidet. Es läge gewiß im Sinne einer sozialen Annäherung und trug wahrscheinlich viel zu einem erträglichen Nebeneinanderleben bei, wenn man auch Redner zu Worte kommen ließe, die es versichern, die unbedingte Notwendigkeit des Existenzkampfes der Arbeiter zu bemerken. Jemandem ein Vortrag über die Unterschiede zwischen allgemeiner öffentlicher Volkshilfsarbeit und „Arbeiterbildungswesen“ wäre nicht unangebracht gewesen.

Wir wollen hoffen, daß die „Kulturwochen“ beitragen werden, das schwere Problem der sozialen Bildung, die zur rechten Staatsbürgererziehung führen soll, zu lösen, im Sinne des großen Deutschen „Nacht“.

Kann das es einmal anders. Im Berichte des Reichsbanner „Vorwärts“ über den Wiener Städtetagskongreß findet sich folgender Zirkusakt eines Volkshilfsamtes, in dessen Seele zwei Fraktionen streiten:

„Weider haben wir die sowjetrussische Abteilung in der Ausstellung vernichten müssen. Wohl steht dort die Bauartigkeit nicht auf einem so hohen Niveau wie in den westlichen Ländern, wenn gleich auch dort in den letzten Jahren große Erfolge zu verzeichnen waren. Aber die Richtung können wir mit einem Worte kennzeichnen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß in den Städten Rußlands so gute und hygienische Vorrichtungen vorhanden sind, wie im übrigen Europa und Amerika.“

Aus derselben Quelle wurden, wir früher anders berichtet. An dem schönen Bekenntnis ändert auch die darauf folgende Anrühlpung des roten Wien nichts.

Giftgase und Keptisenpreise. In den vielen „Großstädten“ einer gewissen menschlichen Kultur gehört bekanntlich die Erfindung und Verwendung giftiger Gase im Weltkriege, die ein paar Hunderttausend Menschen nicht weiter als das Leben kosteten und anderen Hunderttausenden schwere gesundheitliche Schädigungen. Seither sind zwar ein paar Jahre vergangen, aber während dieser Zeit wurden „Fortschritte“ auf diesem Gebiete erzielt, wie sie die künftige Phantastie nicht erträume. „Verbesserungen“ der Giftgase, Waffenzugung derselben, erhöhte Wirkung folgten in so raschem Aufeinander, daß den verantwortlichen Stellen vor ihrem eigenen Rute zu grohen begann und ernsthaft der Gedanke eines internationalen Verbotes der Verwendung giftiger Gase im Kriege erwogen wurde. Das scheint nun nicht den Befehl aller Militärkreise gefunden zu haben und unter jenen die den Giftgasen das Wort reden, befindet sich auch die von der Geldern der Steuerträger lebende „Vogel-Preise“. Dieses Präzeptil schreibt u. a.:

„Ueber die moralische Wirkung eines Gasangriffes sind wohl alle einig, die einen solchen ausgeübt waren. Ueber die effektive Wirkung macht man sich aber meist ganz verkehrte Vorstellungen. Statistisches Material darüber ist einem Bericht des Generalmajors der U. S. Army zu entnehmen. Die Ausgaben für den Gaskrieg betragen 1 Prozent der laufenden Gesamtkriegskosten. Dagegen ist bei 28 Prozent der außer Acht gelassenen Waffenausgaben die Wirkung die gleiche. Danach scheint zunächst das Giftgas eine ganz furchtbare Waffe zu sein. Vergleicht man aber die Zahl der durch das Gas Getöteten oder dauernd untauglich Gemachten mit denen, die Schuß- oder blauen Waffen zum Opfer fielen, so verhält sich das Verhältnis sehr zugunsten des Gases, das dann gegenüber den anderen Waffen geradezu harmlos erscheint.“

Man könnte wirklich auf den Gedanken verfallen die Redaktionsräume dieses Blattes mit jenen schönen Dingen auszuräumen um den Schreihalsen des Militarismus Anschauungsunterricht über die Wirkungen von Gift- und Reizgasen zu erteilen.

Ein Liebestrand im Graubirge. Wie uns aus Reudorf bei Sedosiansberga berichtet wird, ereignete sich am Sonntag in den Nachmittagsstunden am Wege zwischen Reudorf und Sonnenberg eine blutige Liebestragödie, welche wahrscheinlich zwei Opfer fordern wird. Der in Reudorf wohnhafte Josef Reuber unterliegt seit Jahren mit einer gewissen Theresia Hudl aus Sonnenberg einen Liebesverhältnis, welchem auch ein Kind entsprossen war. Trotzdem löste das Mädchen kürzlich das Verhältnis und A. schien sich bereits mit der Tatsache abgefunden zu haben, auf das Mädchen zu verzichten. Sonntag wollte nun die Hudl zufällig in Reudorf bei der Taufe eines Kindes naher Verwandten, wovon Reuber erfährt; nach einer gemühtlichen Aussprache begleitete er das Mädchen zu Fuß nach Sonnenberg. Am Wege dorthin feuerte er plötzlich auf das ahnungslose Mädchen einen Schuß ab und verletzte es ganz erheblich. Jedenfalls in der Meinung, seine Begleiterin getötet zu haben, rübete er die Waffe gegen sich selbst und entleerte sich auf der Stelle. Die sofort an den Ortort entandene Gerichstkommission nahm den Totbestand auf und leistete dem schwer verletzten Mädchen erste Hilfe, doch wird an dessen Aufkommen gezweifelt.

Ein schweres Autounglück auf der Straße Jinnwald-Geising. Auf der Straße Jinnwald-Geising ereignete sich Sonntag nachmittags ein schweres Autounglück. Ein aus Reichen kommenden Auto, ein Bierfahrer, der mit sechs Personen besetzt war, geriet auf der mitunter recht abschüssigen Fahrbahn infolge eines Pneumatikdefektes, vielleicht verlor auch die Bremsvorrichtung, ins Schlingensiefel, überschlug sich einige Male und begrub die Insassen unter sich. Fahrer und Führer des Wagens waren sofort tot, der Verletzten der anderen Insassen, von denen einer einen Schädelbruch erlitt, sind ernsterer Natur. An dem Aufkommen eines Kindes, das schwere innere Schäden davontrug, wird gezweifelt. Nur eine Insassin kam mit unbedeutenden Hautabschürfungen davon. Sanitätsleute leisteten die erste Hilfe und führten die Opfer nach Geising.

170 Personen ertrunken. Nach Berichten aus Raftau, kam es im Meerbusen von Benaalen zu einem schrecklichen Unglück, bei dem 170 Menschen ums Leben kamen. Ein 200 Eingeborene, darunter viele Frauen und Kinder, übersahrendes Schiff kippte in der Nähe eines der Delta-Arme des Ganges um. Das Unglück wurde von dem englischen Dampfer „Glephant“ beobachtet. Es gelang aber nur 26 Personen zu retten.

Wohnsinnlos eines Irren. In der Ritterstraße in Berlin schoß ein junger Mann, der sich in Begleitung von drei Personen befand, plötzlich mit einem Revolver auf seine Begleiter und verletzte zwei von ihnen und einen anderen Beinahten. Dann kletterte er auf den Turm einer Dampfmaschine, die für die Bauarbeiten der Untergrundbahn aufgestellt ist und schloß von dort weiter. Ein Polizeikapitän schoß mit einem Revolver auf ihn und verwundete ihn an der rechten Hand. Der offenbar irrsinnig gewordene Mann nahm den Revolver in die Linke und schoß sich eine Kugel in den Kopf, worauf er von dem Turm herabfiel. In der Nacht auf Montag ist er seinen Verletzungen erlegen.

15. tschechoslowakische Klassenlotterie. (Gründzahlen 51 und 82.)

N. 90.000 K:	37.051	57.751
je 60.000 K:	127.982	144.082
je 40.000 K:	53.151	114.951
je 10.000 K:	59.751	59.782
104.351	144.182	163.182
165.182	176.051	177.851
221.482	je 5000 K:	582
20.451	36.482	51.282
50.682	62.151	67.882
81.251	84.251	104.682
114.751	170.782	177.451
184.351	201.351	213.082
225.182	230.751	232.551
235.682	je 2000 K:	1982
10.051	19.682	26.882
36.151	38.982	42.651
46.651	57.282	58.651
60.251	69.751	83.382
85.351	106.751	107.151
107.582	112.382	123.151
126.482	128.351	136.282
136.751	139.851	141.582
142.451	146.282	146.551
162.882	162.982	163.382
164.082	168.282	169.951
170.951	176.151	176.751
179.551	182.182	188.251
189.551	192.682	208.551
213.182	221.751	223.651
228.751	236.151	239.182
je 1000 K:	2382	2651
10.751	11.051	11.082
13.182	17.351	22.882
25.751	26.851	28.782
33.751	37.182	40.951
42.351	44.451	47.751
48.151	50.182	61.082
66.151	66.282	66.951
67.851	67.951	70.982
72.582	73.151	75.551
75.851	76.551	77.251
79.651	79.451	80.982
85.251	89.882	90.851
97.251	98.151	99.782
103.982	107.651	107.851
108.451	110.382	112.282
113.251	115.451	123.682
124.851	128.751	130.751
131.982	137.351	137.751
142.951	148.451	152.182
154.082	155.251	155.582
157.482	158.651	159.551
170.982	171.282	171.751
172.082	174.982	177.151
178.251	179.882	179.882
180.482	184.282	189.082
190.451	190.851	193.451
198.182	200.151	200.251
200.882	203.082	206.982
212.151	214.882	215.351
217.882	218.382	219.451
219.682	223.882	224.082
227.651	232.282	

Steigen des Großhandelsindex. Der Großhandelsindex zeigt zum 1. September ein neuerliches Ansteigen. Während er im August 963 betrug, ist er am 1. September auf 973 gestiegen. Bei der Umrechnung auf Goldwährung bedeutet dies ein Ansteigen von 141,4 auf 141,9. Beim Vergleich der beiden Monate ergibt sich ein Steigen von 1,8 Prozent, und zwar bei Lebensmitteln von 3,5 Prozent, während bei Industrieartikeln fast keine Veränderung (— 0,1 Prozent) eingetreten ist.

Rektorwahl. Zum Rektor der deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag für das Schuljahr 1926—1927 wurde Herr Professor Alexander Zemlinitzky gewählt.

Arbeitsstatistik für Filmschauspieler. Die der „Film-Kurier“ meldet, ist vom Moskauer Berufsverband der Kunstarbeitenden für Filmschauspieler die nicht für längere Zeit an eine Firma vertraglich gebunden sind, feste Tarife festgelegt worden. Dieser Versuch stellt eine Normalisierung der Schauspielergelöhner dar und damit wurde in Russland eine Frage gelöst, die bisher in der ganzen Welt noch als unlösbar betrachtet wurde. Die einzelnen Bestimmungen sind recht bemerkenswert. So wird zum Beispiel die Länge des Aufnahmezeitraumes mit sechs Stunden berechnet. Die notwendigen Proben gelten als Aufnahme. Für jede Stunde einer Aufnahme wird sechs Fünftel des Gehaltes für eine Tonaufnahme gezahlt. Die Aufnahmen dürfen nicht länger als sechs Stunden dauern. Die Arbeitszeit kann bei einer Forderung des Aufnahmeleiters nur dann verlängert werden, wenn eine den Gesetzen entsprechende dringende Notwendigkeit vorliegt. Der Beginn des Aufnahmezeitraumes wird durch die Aufnahmeleitung festgelegt, zu welcher Zeit sich der Schauspieler an dem bestimmten Ort einfinden muß. Falls sich dieser Zeitpunkt außerhalb des Bereiches der städtischen Fahrverbindungen befindet, muß dem Schauspieler eine Fahrgelegenheit zur Verfügung gestellt werden, wobei der Arbeitslohn vom Augenblicke der Erreichung der Peripherie der Stadt beginnt. Falls der Schauspieler sich verspätet, frühzeitig die Arbeit verläßt oder ohne eine Benachrichtigung sich überhaupt nicht zur Arbeit einfindet, kann er durch eine andere Kraft ersetzt werden und bekommt für den betreffenden Tag seinen Lohn. In dem Falle, daß die betreffende Person einen höheren Kosten einnimmt oder in einer wichtigen Rolle beschäftigt ist, muß sie für den der Firma entstandenen Schaden aufkommen. Die Gehälter werden in bestimmte Kategorien eingeteilt, wobei Konzessionsausnahmen doppelt gezahlt werden. Bei Expeditionen bekommen alle Teilnehmer schlechteste Diäten. Alle Schauspieler müssen Mitglieder des Verbandes der Kunstarbeitenden sein. Das sind die hauptsächlichsten Bestimmungen. Einem Valen werden sie vielleicht nicht viel sagen, aber für den Eingeweihten sind sie von großer Wichtigkeit. Besonders zum Beispiel der Punkt über die sechs Stunden Arbeitsdauer, die nicht überschritten werden dürfen. Der näher den Bereich in den Aktiers kennt, der weiß genau, daß bei Aufnahmen von einer Zeitbegrenzung keine Rede ist und daß sämtliche engagierten Personen dem Regisseur so lange zur Verfügung stehen müssen bis er die Aufnahmen beendet oder sie anderwärts entläßt. Das selbe gilt natürlich auch für die Aufnahmen in der Nacht.

Das Militär des Militärpräzedenz

Wie lange dient der Soldat? Laut des Lehrbuches ist der Soldat zu einem vierzehnmönatlichen Präzedenz verpflichtet. Ueber einen länger dauernden Aktierdienst ist durch die Legislative bisher noch nichts entschieden. Gemäß der Regierungsverordnung vom 29. August 1924 wird eine bestimmte Anzahl von Soldaten die vierzehn Monate

gedient haben, auf begründetes Ansuchen mit dem 1. Dezember 1926 auf dauernden Urlaub entlassen. Die Vorlage derartiger Gesuche ist jedoch dermalen gegenstandslos, da der Einreichungstermin mit dem 1. September bereits verstrichen ist. Laut obzitiertes Regierungsverordnungs wird auch mit dem 1. April 1927 eine bestimmte Anzahl von Soldaten — als „überzählig“ — nach Ableistung eines sechsmonatigen Präzedenzurlaubes entlassen werden. Die diesbezüglichen Gesuche müssen durch wirtschaftliche, Familien- oder Existenzumstände begründet und spätestens bis 15. Oktober eingereicht werden. Sie sind an das Landesmilitärkommando zu adressieren und bei der politischen Behörde I. Instanz des Aufenthaltsortes einzureichen. Nach dem Antritt des Präzedenzurlaubes kann der Soldat um diese Begünstigung mündlich oder schriftlich bei dem Kompagnierapporte ansuchen.

Die Einberufungskarte. Zum Präzedenzurlaub werden die Rekruten mittels der sogenannten Einberufungskarte einberufen. Falls diese Einberufungskarte dem Rekruten bis 1. Oktober nicht zugestellt wurde, so ist er verpflichtet, seinem Gemeindebeamten darüber Meldung zu erstatten. Auf der Rückseite der Einberufungskarte sind Befehle beigefügt, die sorgfältig durchzulesen sind.

Den im Auslande lebenden Wehrpflichtigen werden die Einberufungskarten durch den Vermittler zugestellt, den sie vor ihrer Abreise bei dem Gemeindebeamten angemeldet haben. Wenn der Vermittler dies unterläßt, ist der Wehrpflichtige nichtbestimmtenorts verpflichtet, rechtzeitig den Militärdienst anzutreten. Falls kein Vermittler angemeldet wurde, wird die Zustellung der Einberufungskarte durch das tschechoslow. Vertretungsamt im Auslande besorgt.

Die Eisenbahnfahrt. Die den Militärdienst antretenden Rekruten können auf Grund der Einberufungskarte die Eisenbahn, und zwar die dritte Klasse, unentgeltlich benutzen, jedoch unter der Bedingung, daß die Fahrt am 1. Oktober, spätestens am 24. Uhr, beendet wird. Nach dieser Frist muß das Fahrgeleit nach dem für Zivilpersonen geltenden Tarife von dem Rekruten selbst bestreiten werden.

Der Ausschub des Präzedenzurlaubes. Der Ausschub des Präzedenzurlaubes kann jenen Wehrpflichtigen bewilligt werden, welche ihre Studien fortsetzen oder sich anderweitig für einen bestimmten Beruf vorbereiten (z. B. Lehrlinge), falls die Unterbrechung großen Schaden zur Folge hätte. Der Ausschub kann auch jenen bewilligt werden, welche besonders berücksichtigungswürdige Umstände nachweisen. Die Gesuche müssen mit den Nachweisen belegt sein, aus denen die Zweckmäßigkeit des Ansuchens hervorgeht. Nach der Affirmierung können Gesuche, und zwar spätestens bis zum Tage des Antrittes des Präzedenzurlaubes, nur dann eingebracht werden, wenn die Umstände, auf die sich der Gesuchsteller beruft, erst nach der Affirmierung eingetreten sind. Diese Gesuche sind bei der politischen Bezirksverwaltung (Bezirksamt oder Magistrat) einzureichen, in deren Bereiche der Gesuchsteller seinen dauernden Wohnsitz hat. Die Einreichung der Gesuche um Ausschub des Präzedenzurlaubes oder eine eventuelle Beschwerde gegen eine abweisliche Entscheidung hat keinerlei aufschiebende Wirkung. Jeder, dessen Gesuch (Beschwerde) bis zum Tage des allgemeinen Dienstantrittes der Rekruten nicht erledigt ist, ist verpflichtet, anzutreten. Eventuelle Gesuche, die Entscheidung über die eingereichten Gesuche (Beschwerden) im zivilen Verhältnisse abwarten zu dürfen, sind zwecklos, da ihnen nicht Folge geleistet werden kann.

Die Verköstigung während der Reise. Nach den geltenden Vorschriften haben sich die Rekruten auf der Reise von der Heimat zu ihren Regimentern selbst um ihre Verpflegung zu kümmern.

Die ärztliche Untersuchung. Nach der Präsentierung wird jeder Rekrut der ärztlichen Untersuchung unterzogen. Wenn es nicht am selben Tage möglich ist, wird die Untersuchung am nächsten, spätestens am zweitägigen Tage durchgeführt. Jene Wehrpflichtigen, deren Tauglichkeit zum Militärdienste nur durch besondere sachliche oder instrumen-

talische ärztliche Untersuchung oder Beobachtung festgestellt werden kann, werden dem nächsten Militärhospital übergeben. Die erkrankten Wehrpflichtigen, bei denen die Hoffnung besteht, daß sie mit der Genesung wieder ihre Tauglichkeit zum Militärdienst erlangen, werden in die ärztliche Behandlung übergeben.

Dem Einberufungsbefehle muß ein jeder einberufene Wehrpflichtige Folge leisten. Er stellt sich in Zivilkleidung bei dem in der Einberufungskarte angeführten Militärkommando ein und weist sich mit der Einberufungskarte sowie mit dem Stellungsschein aus. Auf diesem letzteren soll sich die Bestätigung des Gemeindebeamten befinden, daß der Wehrpflichtige sich zum Dienstort abgemeldet hat.

Rur jener kranke Rekrut, welcher infolge seines Gesundheitszustandes nicht imstande ist, sich bei dem für ihn bestimmten Kommando einzustellen, ist vom Dienstantritt am 1. Oktober befreit. Diese Unfähigkeit muß aber durch ein ärztliches, womöglich von einem aktiven Militärarzt ausgestelltes Zeugnis bestätigt sein. Falls es unmöglich war, ein vom Militärarzt ausgestelltes oder wenigstens von dem bestätigtes Zeugnis zu erlangen, so muß dieser Umstand von dem Gemeindebeamten im Zeugnisse bestätigt sein. Das Zeugnis muß die Beschreibung des Charakters der Krankheit enthalten.

Wer dem Einberufungsbefehle binnen drei Tagen nach dem anberaumten Termine nicht Folge leistet, begeht ein Vergehen, welches laut Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahre bestraft wird; außerdem kann auf eine bis 10.000 K. lautende Geldstrafe erkannt werden. Kürzere Verpflückungen werden von den Militärämtern im Disziplinarwege erledigt.

Volkswirtschaft. In der Saftgasse.

Daß unseren Kapitalisten die Arbeitslosigkeit zu Herzen geht, ist kein Ding, sondern Tatsache — aber wir müssen sie nur recht verstehen. Nicht die Hunderttausend, die von ein paar Kreuzern Unterstützung leben müssen und oft nicht einmal die haben, nicht die Opfer der kapitalistischen Anarchie sind es, die die Kapitalisten aufrütteln, sondern ihr Geldbeutel. Können sie es sich doch an den Fingern abzählen, daß mit der Größe der Arbeitslosigkeit ihr Gewinn sinkt. Wenn es keine Arbeitslose gibt, geben die Geschäfte gut, gibt es fette Dividenden. Die Krise im Handel ruft die Industriekrise hervor, es können unsere Erzeugnisse auf dem fremden Markte nicht angebracht werden.

Seit Wochen beschäftigen sich die kapitalistischen Zeitungen mit unserem Außenhandel. Die Nachricht, daß unsere Handelsbilanz im ersten Halbjahr in ihrer Aktivität zurückgegangen ist, war sozusagen ihr Menetekel. Da erst sah man klar und deutlich, wohin man gewirtschaftet hatte. Allerdings reichlich spät. Die Kosten dieser kapitalistischen Wirtschaft soll wie immer der Arbeiter tragen. Egal, ob es sich um ein einzelnes Unternehmen handelt — wie wir es letzthin bei der Brünnener Maschinenfabrik konstatieren konnten — oder ob es der Bankrott der Wirtschaft eines ganzen Staates ist. Und jeder der kapitalistischen Söldlinge unterschreibt dasselbe Rezept: Verringerung der Betriebsregie — das heißt im kapitalistischen Jargon Kürzung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit, Beseitigung des verkäuflichen Achtstundentages.

In der „Narodni Politika“ vom 17. d. befaßt sich Dr. Naprátil im Leitartikel mit der „Richtung unserer Handelspolitik“. Er nennt das Uebel, er erkennt es und schreibt ganz wörtlich über die unsinnigen Zollgrenzen: „Alle meinten wir, so unseren heimischen Markt zu schützen, inzwischen aber schützten und sperren wir zu Hause unser Volk ein...“ Und so treibt es jedes Land in unsere Richtung.

Ben Europa und unsere Republik hat das einzigartige Beispiel geliefert, daß der Geldsack der Pfaffen, Bauern und Industriearbeiter keine nationalen Bedenken kennt, geschweige denn vom Giebel der Arbeiter zu sprechen. Ueber diese Klippe kommt auch der Doktor nicht herum, er hilft sich mit einer Selbsttäuschung — oder meint er vielleicht auch die Arbeiter täuschen zu können? — und schreibt:

„Unsere Handelsituation... ist aber deshalb noch schlechter, weil die Mehrzahl der Staaten zu einer Erhöhung ihres Zollschutzes greift — zu einer Zeit, in der wir — langsam, aber doch systematisch mit unseren Zöllen herunter gehen, ausgenommen die Zölle auf die Agrarprodukte.“

Wir spüren verflucht wenig von diesen Zollermäßigungen und sieht der Herr Doktor nicht, daß gerade die Agrarzölle unter anderem unserer Industrie noch vollends das Genick brechen werden? Man ruft nach guten und besseren Handelsverträgen. In der kürzesten Zeit wird die Tschechoslowakei mit beinahe allen Staaten Europas ihre Handelsverträge nach dem Prinzip der Meistbegünstigung abgeschlossen haben. Auf eventuelle Zollermäßigungen der anderen Staaten hofft der Leitartikel nicht — und mit Recht.

Wir müssen mit der gegebenen Situation rechnen... Die wirtschaftliche Lage des Staates und die Abhängigkeit der Industrie und der Wirtschaft hunderttausender Arbeiterfamilien von der Ausfuhr, gleichfalls wie auch der Krone, zwingt uns aber bedingungslos hinaus, auf die fremden Märkte und nicht in die Saftgasse.

Sieht man endlich die Saftgasse, in die uns der Kapitalismus hineingewirtschaftet hat und aus der er nicht mehr heraus kann — weil er das richtige Mittel nicht anwenden will: Nationalisierung der Produktion, Vermeidung von unnötigen Spezen, Verringerung des Regiefaktors — nicht durch Kürzung der Löhne und Erhöhung der Arbeitszeit, sondern durch Beseitigung der altmodischen Produktionsmethoden. Nationalisierung der Produktion und Verkürzung der Arbeitszeit, das sind unsere Forderungen seit langem, das sind die Mittel, um dem heutigen Elend abzuhelfen, um die große Krise zu liquidieren.

Aber diesen klaren und selbstverständlichen Forderungen gegenüber bleibt man taub und man kommt mit den alten, arbeitserfindlichen Mitteln:

„Die Industrie muß sich auch selbst einen Platz auf den internationalen Märkten... suchen, es muß ihr aber vor allem eine rationelle und billige Erzeugung ermöglicht werden. Und da sind wir wieder bei den alten, bis zum Verbruch wiederholten Forderungen, die aber heute schon zur Frage von Sein oder Nichtsein werden: Verringerung der staatlichen Ausgaben, Verrbilligung der Bewirtschaftung, Verminderung der Steuerlast, der Tarife und der Vertriebskosten. Wenn das alles vielleicht noch gestern lehrreich oder doch wenigstens ordentlich kapitalistisch klang, heute, wie es scheint, ist in diesem Falle nicht mehr viel Zeit zur Ermögung.“

Das ist das kapitalistische Einmaleins, so lange er besteht. Inerst wird darauflos gewirtschaftet und dann soll der Arbeiter den Karren aus dem Dreck ziehen.

Verringerung der staatlichen Ausgaben! Wasja bekommt um Tausende eine Erhöhung seiner Pension — an den Soldaten werden 30 Millionen erspart.

Und so sieht es bei jeder dieser Forderungen aus. Der Arbeiter wird aber sein in der Revolution Erzeugenes zu wahren und zu erhalten wissen. Leiden wir auch jetzt fürchterlich unter der bestehenden Krise, so ist sie es aber doch, die uns klar und offen die Notwendigkeit, Unzulänglichkeit und Unmöglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise aufzeigt und uns neu bestärkt im Glauben an den Weg, den wir eingeschlagen haben, im Glauben an den Sozialismus. B. S.

Meine Chronik. No. 111.

Von Kurt Kläber.

Jupp, der Wirt, trank einmal das Trinken probieren. Ein Schnaps, zwei Schnaps, drei Schnaps. Das ist ein ganz gut.

Wenn er noch ein er beim Sonderbar alles schmecken werden und der, sogar die Hausfrau. Theresie, die Frau hörte ihn kommen. „Jupp!“ da stand er bereits in der Küche. „Jupp!“ da torkelte er schon zu ihrem Tisch. „Jupp!“ da sah er Theresie herbeigehen an. „Wie sehr hatte sie einen Hunger zum Mann. Theresie!“ sie sprack aus, nahm einen Schwelopp und schlug ihn Jupp um die Chronik.

Jupp trank ein weiteres Mal. Einen Schnaps, zwei Schnaps, drei Schnaps, vier Schnaps. Das ist ganz gut.

Wenn er noch ein er beim Sonderbar, heute schmecken die Hausfrau und Theresie noch mehr. Die Hausfrau war kleiner wie ein Schlüsselloch. Die Küchenfrau war kleiner wie ein Nadelohr. Er kam aber doch noch kleiner.

Theresie machte noch geheimer Augen. „Wo heute war der Finger schon ein Schlüssel.“ Sie sprack wieder aus, schlug ihm den Schwelopp noch länger um die Chronik und bearbeitete ihn außerdem mit dem Besen.

Jupp trank das dritte Mal. Einen Schnaps, zwei Schnaps, drei Schnaps, vier Schnaps, fünf Schnaps. Das ist ganz gut.

Diesmal mußten sie ihn führen. Wie einen Toten jerrten sie ihn ins Haus. Wump! da lag er.

Theresie machte keine Augen mehr, Theresie spuckte auch nicht aus, Theresie nahm auch nicht den Schwelopp, sie ging in ihre Kammer, riechelte sie ab, sochte einen Entschluß.

Am nächsten Abend stand Theresie am Bau. „Guten Abend, Jupp!“

„Guten Abend, Theresie! Was willst du? Willst du mich heimholen? Ich gehe erst trinken!“

„Ich will dich nicht heimholen, Jupp! Ich gehe mit!“

Jupp rief das Maul auf. „So!“ sagte er. „Auch gut!“

„Einen Schnaps, Wirt!“ sagte Jupp.

„Zwei Schnaps!“ sagte Theresie.

Jupp haunnte.

„Einen Schnaps, Wirt!“ sagte Jupp.

„Zwei Schnaps!“ sagte Theresie.

Jupp haunnte noch mehr.

„Einen Schnaps, Wirt!“ sagte Jupp.

„Zwei Schnaps!“ sagte Theresie.

Jupp haunnte nicht mehr. „Jetzt gehen wir.“ sagte er.

Er schleppte sie wie einen Sack heim, warf sie auf die Bank und ließ sie dort liegen.

„Als eine Säuerlein habe ich jetzt zur Frau.“ sagte er noch. „Kaf! Tensch!“ Dann ging er in die Kammer, schlief sich ein, sochte auch einen Entschluß.

Am nächsten Abend stand Theresie wieder am Bau.

„Guten Abend, Jupp!“

„Guten Abend, Theresie! Wo willst du hin?“

„Trinken!“

„Trinken?“ schrie sie Jupp an. „Wir gehen heim!“

Theresie rief den Mund auf. „So!“ sagte sie. „Auch gut!“

Am dritten Abend ging Theresie nicht wieder zum Bau. Jupp war pünktlich. Es gab Kartoffeln, etwas Fett, später noch etwas Mehlige.

„Und da ist auch Schnaps!“ sagte Theresie und stellte eine Flasche und zwei Gläser auf den Tisch.

„Puh!“ machte Jupp.

Er schüttete ihn in den Kohlenkasten.

Dann werden der Bodensee zugeschüttet und die Alpen abgetragen sein? Der geologische Mitarbeiter der „Araucaria“ (Hundt-Gera) stellt hierüber nachstehende interessante Berechnungen auf: Verwitterung, Wind und Wassertransport sind unermüdlich tätig, jede Bodenerhebung abzutragen und jede Bodenverfrachtung im Gelände auszufüllen. Die Tendenz aller dieser Kräfte, die am Erdboden tätig sind, geht dahin, alles einzuwehen. So hat das Schweizerische Amt für Wasserwirtschaft berechnet, daß vom Rhein in jedem Jahre gegen drei Millionen Kubikmeter Schutt in den Bodensee hineingetragen werden. Siegfried Hirth hat berechnet, wann unter Jagundelung dieser Zahl der Bodensee vollständig ausgefüllt sein wird. Nimmt man an, daß die Durchschnittstiefe des Bodensees 90 Meter beträgt und der Bodensee 538 Quadratkilometer groß ist, so kann man daraus den Kubikinhalt leicht berechnen, der gegen 48 Milliarden Kubikmeter beträgt. Täglich schüttet der Rhein davon

8000 Kubikmeter zu. Das sind jährlich drei Millionen Kubikmeter und in 16.000 Jahren wird, mit Ausnahme des Ueberlinger Sees, der ganze Bodensee vollständig vom Rhein zugeschüttet sein. Wenn wir in der Erdgeschichte rückwärts blicken, dann kann man umsofort annehmen, daß vor 16.000 Jahren der Bodensee doppelt so groß gewesen sein muß, denn die Transportkraft des Rheins wird gerade noch dem Abschmelzen der im Skandinavien viel größeren Gletscher stärker sich gestalten haben. Die vom Schweizerischen Amt für Wasserwirtschaft errechnete Zahl läßt auch eine ungefähre Zeitspanne für die Einwehung der Alpen voraussetzen. Wenn man die drei Millionen Kubikmeter Schutt, die vom Rhein in jedem Jahr in den Bodensee getragen werden, auf das Einzugsgebiet des oberen Rheins verteilt, dann werden die Alpen jährlich um einen halben Millimeter abgetragen. Man kann wohl ruhig annehmen, daß auch die übrigen Alpenflüsse in gleichem Maße an der Abtragung der Alpen arbeiten. Es ist darum wohl nicht zu viel behauptet, wenn man mit Siegfried Hirth annimmt, daß die Alpen im ganzen jährlich um einen halben Millimeter ihrer Höhe verlieren. Der Montblanc besitzt eine relative Höhe von 4000 Metern, das sind vier Millionen Millimeter. Diese Höhe muß bei gleichbleibender Abtragungstendenz in acht Millionen Jahren abgetragen sein. Die Zugspitze als höchster Berg des Deutschen Reiches wird in vier Millionen Jahren abgetragen sein. Sechs Millionen Jahre müssen dahingehen, wenn die Tiroler Berge so ungefähr anshauen, wie heute die Alpen am Dachau, Friedberg, Nibach, Freising. Neben dem Bodensee werden auch die anderen Alpenseen in mehr oder weniger kurzer Zeit, je nach dem Transport des Schuttes, zugeschüttet werden, und die Weichsel geht einer Zeit entgegen, in der es keinen Kammersee, keinen Tegetzsee, keinen Chiemsee, Starnberger See und Walchensee mehr geben wird.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Kunst und Wissen.

„Figaros Hochzeit“ von W. A. Mozart gelangte am Samstag im Neuen Deutschen Theater in teilweiser Neubearbeitung zur ersten Aufführung in dieser Spielzeit. Operndirektor Alexander Kemlin trat mit der musikalischen Leitung dieser Oper sein Dirigentenamt nach den Sommerferien wieder an. Sein Verdienst ist es, den echten Mozartstil des Werkes trotz neu hinzugekommener solistischer Kräfte ungetrübt gesichert zu haben. Es war eine wahre Lust, die wundervoll rhythmisch und dynamisch abgemessenen Weisen und Ensembles Mozarts unter seiner meisterlichen Direktion genießen zu können; schon die prächtig gespielte Ouvertüre war wieder ein musikalisches Erlebnis höchster Art. Frau Olga Barbo, die aus Kuffly zu uns kam und Frau de Garmo im Range der Opernsoubrette ersten Rang, sang zum erstenmal die Susanna. Sie hatte nach ihrer Vorgängerin einen doppelt so schweren Stand, da gerade die Susanna eine ihrer besten Rollen war und ihre künstlerischen Verdienste beim Publikum noch allzu sehr in lebendiger Erinnerung stehen. Nichtsdestoweniger hat Frau Barbo einen vollen künstlerischen Erfolg errungen und namentlich als routinierte Darstellerin und vorzüglich bewachte Sängerin zu überzeugen vermocht. Wird sie sich die unruhige, flatternde Tongebung abgewöhnen und der deutlicheren Artikulation (insbesondere im Rezitativen) noch mehr Sorgfalt widmen, dann wird sie auch stilistisch Mozart mehr gerecht werden als diesmal. Die unbedeutende Rolle des Würdchens war mit Frä. Kwartin neu besetzt. Ueber unsere, im übrigen ausgezeichnete „Figaro“-Aufführung ist nichts zu sagen, als daß sie unbegreiflicher Weise immer noch ohne „Appoglatoren“ (Vorschlagsnoten) im Sinne Mozarts vor sich geht.

„Kameraden“ von Strindberg (Aufführung in der Kleinen Bühne). Man könnte der Direktion dankbar sein, wenn sie für eine Strindberg-Aufführung ein reiferes Werk des genialen Schweden ausgewählt hätte. Die so ganz unsondierhafte Komödie, die wohl von starker Bühnenwirksamkeit ist, behandelt Probleme, die zum Teil in der heutigen Zeit schon gelöst sind, zum andern Teil aber überhaupt kaum eine andere als individuelle Lösung finden werden. In Strindbergs Drama sind zwei junge Menschen, Künstler, die sich geliebt haben, als Kameraden miteinander zu leben und zu arbeiten. Ihre Kameradschaft scheitert aber am Herrschertum der Frau, in deren Kopfe eine Menge von unausgereiften Ideen über Frauenrechte, Ehen, und an der anfänglichen Schwäche des Mannes, die sich erst viel zu spät in Energie umwandelt. Das Drama deutet wohl alle Probleme an, mit denen Strindberg Zeit seines Lebens gerungen und die er oft mit unerschütterlicher Kunstfertigkeit gestaltet hat, doch doch es den Menschen von heute nicht mehr mit jener Rührung, wie vor zwei Jahrzehnten. Wir wissen heute, daß sich die Gleichberechtigung der Frau sehr gut mit höchstem Weibstum verträgt, daß wahre Kameradschaft möglich ist, wenn die soziale Basis gegeben ist und die Menschen Sinn für einander besitzen. Deshalb wird dieses Strindberg-Drama nicht zu jenem starken Erlebnis, wie andere Werke des Dichters. — Die Aufführung in der Kleinen Bühne unter der sicheren Regieführung des Herrn Reinhardt war im allgemeinen recht gut. Im Mittelpunkt stand die Berta der Elli Bader, eine nach jeder Seite hin vorzügliche Leistung. Die erstaunlich vielseitige Künstlerin schuf eine Frauengestalt, wie sie Strindberg darschreiben haben mag. Sie war besonders in den letzten Szenen, da sie um Liebe bettelt, von dramatischer Größe. Ihr Partner Otto Strählin war recht bemüht, eine ebenbürtige Leistung zu bieten. Trotzdem konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß diese Rolle doch eine andere Persönlichkeit erfordert. Hermine Medelsky war als Freundin Abel, als das von innerem Zwiespalt, von Liebeszweifeln und Männerhaß zerfetzte Weib, hervorragend. Daneben hat noch Arthur Fischer-Steinmann als Doktor Ostermark eine Probe seines überaus könnens. In den Rahmen der Aufführung fügten sich noch mit guten Leistungen Rosa Donati und Herr Königsmark. E. P.

1. Arbeiter-Vorstellung — Operette „Die Geisha“, am Sonntag, dem 3. Oktober, 3 Uhr nachmittags, im Neuen Deutschen Theater. Karten zu den bekannten ermäßigten Preisen ab Dienstag, den 21. September bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 25 (Kleiner Bazar).

Erstaufführung „Paganini“. Donnerstag, den 23. September, im Neuen Theater. Text von Paul Knepler und Bela Jenbach, Musik von Franz Lehar. Für das große Violinkonzert im zweiten Akt hat sich der erste Konzertmeister des Deutschen Landestheaters, Herr Josef Frankenschild, in bereitwilliger Weise zur Verfügung gestellt. Der Virtuose wird hierdurch Gelegenheit haben, anlässlich des Jubiläumsses seiner dreißigjährigen Wirksamkeit am Deutschen Theater mit einer solennen künstlerischen Leistung vor das Publikum zu treten.

Erstaufführung „Prinzessin Turandot“. Das chinesische Märchen nach Gozzi, frei bearbeitet von Dr. Waldfried Burggraf vom Stadttheater in Nürnberg, Musik von Georg Friedrich Händel, erlebte am Sonntag, den 26. September, im Neuen Deutschen Theater seine Erstaufführung. Viele Romane, die schon Friedrich Schiller in eigener Bearbeitung der deutschen Bühne schenkte und die erst kürzlich anlässlich der Salzburger Festspiele von Max Rein-

hardt in einer Bearbeitung von Vollmöller vorgeführt wurde, ist in der letzten Zeit erst recht interessantester literarischer Gesprächsstoff geworden, seit Puccini die Liebesgeschichte der grausamen Prinzessin Turandot als Unterlage für seine letzte große Oper verwendete. Von Oberregisseur Max Lieb inszeniert, fand das Werk folgende Besetzung: Elli Bader (Abelma), Franz Frey (Selima), Hilde Kraus (Turandot), Hermine Medelsky (Ekirina), Willi Bauer (Amur), Siegfried Brenner (Kalaf), Atila Hübner (Banalone), Felix Knüpfer (Altona), Herbert Königsmark (Truffaldino), Hans Liden (Lartaglia), Josef Kenner (Baruch) und Willi Köhner (Brigella).

Sonntag-Nachmittags-Vorstellung „Cavalleria rusticana“ — „Bojazzo“, die beiden populären Opern mit Della Tosca als Santuzza. Dirigent: Ernst Weigand.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Dienstag „Peripherie“; Mittwoch „Kameraden“; Donnerstag „Peripherie“; Freitag „14 Tage Arret“; Samstag „Neue Herren“; Sonntag 7 1/2 Uhr „Clo-Clo“; Montag „Der Floh im Ohr“.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Dienstag, 7 Uhr: „Carmen“, Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Neue Herren“, Donnerstag, 7 Uhr: „Paganini“, Freitag: „Die Jüdin“, Samstag, 7 Uhr: „Paganini“, Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Cavalleria rusticana“, „Bojazzo“; 7 Uhr: „Prinzessin Turandot“.

Literatur.

„Laden Links“ ist das republikanische Wochenblatt der Arbeiterschaft. Seine sieben erscheinende neue Nummer 38 zeigt wieder, wie gerade die politische Satire, der sein geschliffene politische Witz eine gute Waffe im politischen Ringen des Proletariats sein kann. Alle aktuellen Ereignisse des öffentlichen Lebens werden in treffender Weise behandelt. Vorzügliche Zeichnungen der bekannten Laden-Links-Zeichner illustrieren die Texte. Jede Nummer kostet 25 Pfg. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen.

„Illustrierte Reichsbannerzeitung“. Die neue Nummer 38 ist sieben erscheinende, mit reicher Bilderanzustattung und vielen lehrreichen und interessanten Aufsätzen aus Politik und verschiedenen Wissensgebieten. Auch der heitere Unterhaltungsteil kommt auf seine Rechnung. Wir nennen aus dem Inhalt: „Industrie und Republik“, „Gaul“, B. Kowal: „An der Adria“, Erich Kofel: „Der Schlagsiegerkontrollen“, Friedrich Sernt: „Der Rann im Spiegel“ (Roman), Franz Otto Koch: „Festschicksal bei Naturvorfällen“, Paul Stegemann: „Drei humoristische Hausbesitzer“, Richard Lehmann: „Ein Burgenstreit am Ostseestrand“. — Jede Nummer kostet 25 Pfg.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Mittwoch, den 22. September findet um 8 Uhr abends im Restaurant Feine in Weinberge (Rochstraße) gegenüber Café Wiza eine

Mitglieder-Versammlung statt, in der Genosse Josef Hofbauer, Prag, einen Vortrag über

„Die Wandlungen in der Politik im tschechoslowakischen Staat“

halten wird. An alle Parteimitglieder ergeht die Einladung, zu dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Jugendbewegung.

23. Prag, Dienstag, den 21. September 1926, im Vereine deutscher Arbeiter, Prag II, Smedyh 27, „Vortragsabend“. Thema: „Zwei Lebenswege“. Da Mittwoch ein Vortrag der Partei stattfindet, an dem sich alle unsere Mitglieder beteiligen, wird unsere Zusammenkunft für diese Woche auf Dienstag verlegt.

Turnen und Sport.

Bürgerlicher Sport.

Fußball.

DFK. Prag in Mailand. Seit dem großen Erfolg gegen die Teplitzer bewegte sich das Alboan der DFK-Spieler in absteigender Linie. Schon im Begegnungsspiel zeigte die Gesamtleistung ein Minus und nun kommt die Nachricht von der Niederlage in Mailand, wo sie vom FC. Milano mit 1:0 (1:0) geschlagen wurden. Die alten, oft gehörten Vorzüge und zugleich Fehler der Zürmerzeide, eine Kombination bis ins Letzte, brachte die Spielerinnen um den Erfolg. Bunter Kanon sind in dieser Formation, von links bis rechts, sie zeigen mitunter, daß sie was können, um aber gleich bei der nächstbesten Gelegenheit klar zu zeigen, daß man nichts kann. Obwohl ein hartes Urteil, aber man muß die Blauweissen bei solchen Spielen schon sehen haben, so wird es berechtigt. Und nichts klarer demonstriert das Vorurteil, als wie das Halbzeitresultat, das die Blauweissen nicht imstande waren, in der zweiten zu ihrem Gunsten zu korrigieren.

Juventus Turin halber Erfolg. Sonntag und Sonntag gestirte in Prag der italienische Meister

Märchenbilder

zum Ausschneiden, zieren die neue Packung der Schicht-Terpentinseife.

Die Qualität der Schicht-Hirschseife ist weltbekannt — über alles Lob erhaben. Schicht-Terpentinseife ist eine durch Zusatz von Terpentinöl verbesserte, besonders helle Hirschseife.

Die neue Packung mit Märchenbildern, die ohne Preisaufschlag geliefert wird, macht sie noch beliebter, weil die Käufer ein reizendes Spielzeug für die Kinder ohne Kosten erhalten.



Juventus (Turin) und konnte einen Sieg und eine Niederlage buchen. Samstag traten die Italiener der Slovia gegenüber und verloren 6:1 (4:0). Slovia führte ein gefälliges Spiel vor, besonders die Stürmer arbeiteten taktisch richtig. Die Italiener zeigten bloß eine Ueberlegenheit im Kopfspiel, ansonsten blieben sie hinter den gehobenen Erwartungen zurück, schuldtend daran mag wohl gewesen sein, daß sie gleich zu Beginn ganz ungerechtfertigt einen Elfmeter vom Schiedsrichter Kraus aufgepflegt erhielten, der ihnen jede weitere Lust am Spiel nahm. Die beiden Ungarn, Biola und Gyekes, zeigten erstklassige Technik, aber die Spielerreihen der beiden gereichten der Mannschaft nicht zum Vorteil. Die Verteidigung der Italiener zeigte in diesem Spiele wechselläufig gutes und schlechtes. — Am Sonntag überraschten die Italiener dadurch, daß sie die Viktoria 3:1 (1:0) schlugen. Trotzdem boten sie wiederum nur mittelmäßiges, aber doch besser als am Vorigen. Viktoria trat ohne Jelinek an und zeigte ein schwaches Spiel. Die Tore für Juventus erzielte Ditzler; Viktoria ihren einzigen Treffer durch einen Elfmeter knapp vor Schluß. Schiedsrichter Rodat verfuhr, objektiv das Spiel zu leiten. — In beiden Spielen zeigten die Italiener Schnelligkeit, ein gutes Kopfballspiel und einen guten Start, mit dem sie besonders in Einzelgefechten viel Erfolg hatten. In der Gesamtleistung haperte es. Ihr Auftreten dagegen war in jeder Beziehung musterhaft kein Protestieren gegen schiedsrichterliche Entscheidungen sowie in der Eile selbst ruhig jeder seine Pflicht tat. Das kann man von auswärtigen wie auch hiesigen Mannschaften nur selten zu sehen bekommen. — A.

Teplitzer FA. schlägt AKA. Brnovice 8:0 (5:0). Die sympathischen Waidwölfer mußten in Teplitz eine empfindliche Niederlage einstecken, die wahrscheinlich auf die Reorganisation des Teplitzer Sturmes zurückzuführen ist, in der schon Sima (früher Sparta Prag und AKA.) mitwirkte.

Die tschechisch-bürgerliche Schiedsrichtervereinigung, Slav Prag, aufgelöst. Der Zentralausschuß des bürgerlichen Schiedsrichter-Verbandes hat auf Grund der letzten Vorbesprechung in seiner am Sonntag stattgefundenen Sitzung beschlossen, die Prager tschechische Schiedsrichtervereinigung aufzulösen, und hat einen engeren Ausschuß gewählt, der die bisherige Mitgliederliste revidieren wird.

Der Profiverein und der bürgerliche Deutsche Fußball-Verband für die Tschechoslowakei. Sonntag fand in Kuffly ein außerordentlicher Verbandstag des DFB. statt, der sich in erster Linie mit der bevorstehenden Gründung eines Profivereins beschäftigte. Der Kommissionsantrag der deutschen Profivereine, der Gründung zuzustimmen, wogegen sich diese Vereine beipflichten, die bisherigen Abgaben weiter zu zahlen, wurde nach längerem Debattieren mit 80 gegen 77 Stimmen abgelehnt. Daraufhin haben einige Vertreter des DFB. im OWA. sowie der Schmankelstürmer ihre Funktionen niedergelegt und man wählte daher neue, die aus dem Lager der Opposition stammen.

Länder- und Städteämpfe. Wien: Ungarn gegen Oesterreich 3:2 (1:0). Ein schiefe Aufstellung der österreichischen Mannschaft; die Ungarn

der Niederlage; die Ungarn besser zusammengestellt und siegen verdient. Niederösterreich gegen Oesterreich 2:1 (1:0). Sportspiel zum Länderkampf. — Budapest: Wien gegen Budapest 2:1 (1:1). — Oslav: Koroegen gegen Dänemark 2:2. — Brünn: Pilsen gegen Brünn 3:3 (2:0). — Warschau: Krakow gegen Warschau 1:4 (1:3). — Krakau: Lodz gegen Krakau 3:5 (2:2). — Graz: Wien gegen Graz 4:2 (2:1). — Wien: Wien gegen Oesterreich 11:2 (5:2).

Leichtathletik.

Prag schlägt Prag mit 64:59 Punkten. Im Kugelstoßen erzielte Chausil (Prag) mit 13.67 Meter einen neuen Rekord. Jandera (Prag) lief die 110 Meter Hürden in 15.9 Sek. Die übrigen Resultate sind sehr mittelmäßig.

Budapest schlägt Berlin mit 62:55 Punkten. Barany stellte im Kugelstoßen mit 14.70 einen neuen ungarischen Rekord auf. In der 4x100 Meter Staffel stellte gleichfalls die Budapester Mannschaft einen Rekord auf, sie liege in 42.1 Sek. mit Brustbreite vor Berlin.

Kurmi in Wien. Während der Pause des Länderkampfes Oesterreich gegen Ungarn startete Kurmi in einem 3000 Meter Vorgabelaufen und gewann in 8:27.6. Die besten österreichischen Läufer, Kantor und Bräunlein, gaben in der Hälfte auf.

Reichsdeutsche Athleten im Ausland. Stockholm: 400 Meter: Dr. Feiler 94.4 Sek. Für Dienstag hat der Herr Doktor einen Weltrekordversuch angesetzt; er muß kein solches Hunger für Weltrekorde haben! — Paris: 200 Yards: Körnig 19.6 Sek. — Hellingfors: 200 Meter: Souken 22 Sek.

Internationale Wettkämpfe in Kassel. 300 Meter: 1. Faust (Karlsruhe) 21.8 (außer Konkurrenz), 2. Van der Berghe (Holland) 22, 3. Borner (Berlin) 22. — 400 Meter: 1. Vanlin (Holland) 49, 2. Storz (Halle) 49.8 — 800 Meter: 1. Wolmer (Kassel) 2:02.2 — 2000 Meter: 1. Walpert (Kassel) 5:34 (neuer deutscher Rekord), 2. Friebe (Prestan) 5:41. — Sprinterdreikampf über 50, 100, 200 Meter: 1. Van der Berghe 12 Punkte, 2. Borner 9 Punkte. — 4x100 Meter: 1. Phönix Karlsruhe 42.1. — Schwedenstaffel: 1. Phönix Karlsruhe 2:02.6. — Diskus: Hoffmeister 42.002 Meter.

Herausgeber Dr. Ludwig Eger. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehn. Für den Druck verantwortlich: D. 50112. Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarten wie: Tabellen, Bilddruck, Broschüren, Lotterien, Zirkulare, Mitteilungsblätter, Einladungen, Plakate, Flugblätter, Faktoren, Briefpapiere usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tischlergasse Nr. 6.